

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans W. Arndt, Magdeburg. Verantwortliche Schriftleiter: August G. Schmidt, Magdeburg. Verlag von Franz A. Schönbach, Magdeburg. Druck von Franz A. Schönbach, Magdeburg. Geschäftsstelle: Patowstraße 49, Fernsprecher 1507. Redaktion: Gr. Mühlstraße 3, Fernsprecher 981. — Belegnummer des zahlbaren Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Postgebühren) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 90 Pf. Der Bezug in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.90 Mk. In der Expedition und den Verkaufsstellen vorbestellen. Einzelne Nummern 5 Pf. — Sonntags- und allereinstufige Nummern 10 Pf. — Insektionsgebühr die sechsgehaltene Beilage 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 1889

Nr. 187.

Magdeburg, Mittwoch, den 13. August 1902.

13. Jahrgang.

Fünf Wochen Kuhhandel.

In der gestrigen 101. Sitzung der Zolltariffkommission ist die erste Lesung der Zolltariffvorlage beendet worden. In der Dienstag-Sitzung der Kommission soll noch über die Verwendungsanträge des Centrums und der Sozialdemokratie verhandelt werden. Dann tritt auch für die Zolltariffkommission eine Pause bis zum 16. September ein.

Diese fünf Wochen bis zum Wiederbeginn der Sitzungen gelten allgemein als Mittel, um hinter den Coulissen zwischen den vorläufig noch uneinigen Schutzöllnern die nötige Einigkeit herzustellen. Der Kuhhandel wird in dieser Zeit in großem Maße betrieben werden, und zwar wird es sich dabei hauptsächlich um die Differenzpunkte zwischen den Konservativen und dem Centrum und zwischen den Agrar- und den Industrieöllnern handeln. Schon vor einiger Zeit meinte das einflussreichste Centrumsblatt, die „Kölnische Volkszeitung“: „Zwischen der ersten und der zweiten Lesung der Kommission muß den Mitgliedern der Mehrheitsparteien in der Kommission in irgend einer Weise Gelegenheit gegeben werden zu Besprechungen mit maßgebenden Persönlichkeiten ihrer Parteien. Wie das zu geschehen hat, wird Sache der Fraktionen sein. Die Schwierigkeiten einer derartigen Konferenz braucht man sich nicht zu verhehlen; aber angesichts dessen, was bei der Zolltariffvorlage auf dem Spiele steht, ist sie dringend zu wünschen, und zwar würde es sich empfehlen, daß die Fraktionen der Mehrheit sich bei dieser Gelegenheit über den weiteren Marsch verständigten. Man würde damit für die zweite Lesung glattere Bahnen schaffen.“

Die konservative „Kreuzzeitung“ schiebt sich in einem an Höflichkeit gegen das Centrum überbolten Artikel dieser Meinung an; nach ihrem Dafürhalten müsse auch in der demnächstigen zweiten Lesung nicht die Bekämpfung der gegnerischen Verschleppungsversuche die Hauptaufgabe der tarifrechtlichen Kommissionsmehrheit sein, sondern die Herbeiführung einer Verständigung über die bisher noch unentschiedenen wichtigsten Punkte der Vorlage.

Allerdings thut es die Verständigung zwischen diesen Parteien nicht allein; so lange sie nicht auch eine Verständigung mit der Regierung erzielt haben, schweben ihre Rechnungen über das Zustandekommen noch sehr in der Luft. Die „Kölnische Volkszeitung“ ist in dieser Beziehung, wie sie schreibt, „nicht gerade vertrauensselig“. Die „Kreuzzeitung“ dagegen hat mehr Hoffnung; es sei das Entgegenkommen, welches von den verbündeten Regierungen erwartet werde, und ohne welches das Zustandekommen des großen, mühselig vorbereiteten Reformwerkes schwer gefährdet würde, kein so ungeheures, als daß es nicht unbedenklich geleistet werden könnte. „Unbedenklich“ ist Graf Rosadowstsch übrigens nicht; erst vor einigen Tagen trat er der Auffassung entgegen, als komme es nur darauf an, was zwischen Landwirtschaft und Industrie vereinbart würde, und als ob die Regierung nur die Rolle eines Notars zu spielen hätte, der die Vereinbarung aufzunehmen und ihr sein Placet zu geben hätte.

Rosadowstsch wird jedenfalls auch in dieser Frage, ähnlich wie in der Gewerkschaftsfrage etwas klüger geworden sein. Er weiß jetzt jedenfalls besser als früher, daß es außer den Konservativen und dem Centrum auch noch andere Machtfaktoren giebt, die mit in die Berechnung gestellt werden müssen. Die oben erwähnten Blätter thun zwar als käme weder der Bund der Landwirte noch die Sozialdemokratie sonderlich in Frage. Der Bund der Landwirte soll augenscheinlich von den Kompromißparteien fallen gelassen werden; es wird sich erst zeigen, ob der Bund stark genug ist, sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Noch wichtiger für das Zustandekommen oder besser für das Nichtzustandekommen des Zolltarifs ist die Sozialdemokratie. Die „Kreuzzeitung“ bezeichnet allerdings eine Bemerkung Voltmars in einer Münchener Versammlung, er nehme keinen Anstand, zu erklären, daß die Sozialdemokraten alles thun würden, um der Kommission auch wieder in der zweiten und in der dritten Lesung je hundert Sitzungen zu bereiten, weil sie sich den Zolltarif als Agitationsmittel für die nächsten Wahlen aufheben wollten, und dessen Gesetzgebung in dieser Session verhindern würden. Das konservative Blatt thut aber so, als nähme es diese Drohung nicht „tragisch“.

Nun, die Sozialdemokraten werden dafür sorgen, daß der „Kreuzzeitung“ und ihren zollgerigen Hintermännern die „Tragik“ dieser Drohung noch früher oder später aufgehen wird. Benutzen die Zollner die nächsten fünf Wochen für den Kuhhandel, so werden die Arbeiter sie beimessen, um noch mehr als bisher die Massen über den Zollwucher aufzuklären. Darauf können die schutzöllnerischen Parteien sich

jedenfalls verlassen: ihre zollwucherischen Pläne werden durch den gegenwärtigen Reichstag nicht mehr realisiert! Daß aber dem nächsten Reichstag eine derartige volksfeindliche Vorlage überhaupt gar nicht mehr zugehen wird, dafür wird das Ergebnis der nächsten Reichstagswahlen schon sorgen.

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 12. August 1902.

Wieder ein Bankkrach.

Als Mittelmittel gegen die sozialen Schäden der Zeit wurde dereinst von den Freisinnigen das Genossenschaftswesen gerühmt; den Arbeitern die bei verständiger Leitung zwar sehr nützlichen, aber keineswegs die soziale Frage lösenden Konsumvereine, den Handwerksmeistern die Einkaufs-Genossenschaften, den Geschäftsleuten die Genossenschaftsbanken.

Jetzt hat man gezeigt, daß auch in Genossenschaftsbanken Schäden vorkommen können, wie sie bei Aktienbanken an der Tagesordnung sind. Die Deutsche Genossenschaftsbank Börgel, Parrizius u. Co. — eine Gründung des verstorbenen freisinnigen Landtagsabgeordneten Parrizius — veröffentlicht für das erste Halbjahr 1902 ihren ersten Geschäftsbericht, der nach Abzug des Gewinnes von 800 000 Mark einen Verlust von 2 670 000 Mark aufweist. Ursprünglich war die Bank lediglich zu dem Zwecke gebildet, um eine Centralstelle für diejenigen Genossenschaften zu bilden, welche sich mit Bankgeschäften befassen; sie sollte die überflüssigen Kapitalien der einen Genossenschaft an die jeweilig kapitalbedürftigen anderen übermitteln. Doch — die Sache läßt das Meiste offen. Wenn man erst einmal vom „Grüßbaum“ Worte genascht hat, so bleibt die Spekulation auch nicht aus, und so hat sich denn auch die Deutsche Genossenschaftsbank an gewagten industriellen Unternehmungen beteiligt.

Der Vorstand schiebt die Entstehung der Verluste im wesentlichen auf die Geschäftsführung des persönlich haftenden Gesellschafters Herrn Siebert zurück, „dem in wichtigen Angelegenheiten leider zu freie Hand gelassen worden ist“. Der Vorstand gesteht ein, daß er bei der bisherigen Wertschätzung und bei Beurteilung mehrerer Konten großen Teils von unrichtigen und unzutreffenden Voraussetzungen ausgegangen ist, die auf den Anschauungen des Herrn Siebert beruhten, sich aber nicht als stichhaltig erwiesen, und einer gründlichen Korrektur bedürften. Die entstandenen Verluste betreffen nach der Angabe des Geschäftsberichts hauptsächlich Beteiligungen und Forderungen an die Gewerkschaft Kniffhäuser, die Akkumulatorenwerke „Watt“, die Spiritus-Glühlicht-Gesellschaft F. Schuchardt u. Co., sowie einige zum Teil mit diesen Engagements zusammenhängende Debitoren. Zur Deckung des Verlustes von 3 470 000 Mark schlägt die Verwaltung vor, den bilanzmäßigen Gewinn von circa 800 000 Mark aus den Monaten Januar bis Juli des laufenden Jahres zu verwenden und dem Reservefonds 2 670 000 Mark zu entnehmen. Die Deutsche Genossenschaftsbank wird in Zukunft ihre Tätigkeit auf dem Gebiete des Beteiligungsgeschäftes einschränken und sich in erhöhtem Maße der Pflege ihres eigentlichen Geschäftsgebietes, dem Verkehr mit den Genossenschaften, zuwenden. Im Zusammenhange mit dieser Absicht schlägt die Verwaltung vor, das Aktienkapital von 36 Millionen Mark auf 30 Millionen Mark durch Rückkauf von Aktien herabzusetzen.

Wenn auch nach den Meldungen der Blätter eine Katastrophe vermieden werden dürfte, so zeigt das neueste Ereignis doch, daß die Unsicherheit des Kapitalismus durch keine Maßnahme der Selbsthilfe zu beseitigen ist. Zum Aufsichtsrat gehören eine ganze Reihe bekannter freisinniger Politiker und Reichstagsabgeordneter, für welche der neueste Vorgang nicht gerade einen Ruhm bedeutet. Selbst das freisinnige „Berliner Tageblatt“ sagt:

Angesichts der überraschenden Entfaltungen drängt sich zunächst die Frage auf, wie der Aufsichtsrat und die persönlich haftenden Gesellschafter es mit ihrer Pflicht vereinbaren konnten, Herrn Siebert ohne ausreichende Kontrolle nach Belieben schalten und walten zu lassen? Sind die gegen Herrn Siebert erhobenen Vorwürfe im vollen Umfange gerechtfertigt, so hätte sich derselbe allerdings großer Pflichtvergessenheit gegenüber seiner Bank schuldig gemacht. Es wäre dann aber noch immer den übrigen Mitgliedern der Verwaltung der Vorwurf zu machen, daß sie sich einen Mangel an Sorgsamkeit haben zu schulden kommen lassen.

Die Lage des Arbeitsmarktes wird leider durch das neueste Symptom der Wirtschaftskrise wieder ungünstig beeinflusst werden.

Deutschland.

Berlin, 12. August. Graf Bülow befand sich gestern nur auf der Durchreise in Berlin. Er hat eine Reihe von Vorträgen entgegengenommen und mehrere Rück-

sprachen abgehalten. Graf Bülow begiebt sich zu zweitägigem Aufenthalt nach Bayreuth, von wo er nach Nordrhen zurückkehren gedenkt. Wer es auch so gut haben könnte wie unser „leitender“ Staatsmann! —

Der Verband der Kriegs- und Friedensinvaliden und der Militärärzte Deutschlands mit dem Sitz in Darmstadt beschloß auf seinem 10. Verbandstage in Wochum die vorjährige Vorlage, Invalidenpension betreffend, mit einigen Abänderungen bezüglich der Friedensinvaliden und Militärärzte, erneut dem Reichstag einzubringen, um eine Verschmelzung sämtlicher deutschen Militärinvaliden- und Anwärtervereine herbeizuführen. Es wurde eine aus sechs Mitgliedern bestehende Kommission gewählt. Der nächste Verbandstag soll in Krefeld stattfinden.

Mit dem 1. Februar n. J. wird eine Aenderung in dem Avancement der preussischen Eisenbahner eintreten. Während die mittleren Beamten seither in sogenannten Aufstellungsbezirken (immer drei Nachbar-Direktionsbezirke) durchrangiert, wird diese Einrichtung mit obigem Datum in Wegfall kommen, und es sollen die Anwärter für Stationsvorsteher, Bahn- und Werkmeister, Güterexpedienten, Stationseinsteiger usw. Stellen alsdann durch den gesamten preussisch-hessischen Eisenbahnbezirk rangieren und so zur Anstellung gelangen.

Die gesetzlichen Vertreter jugendlicher Personen sind befugt, wenn ihre Schützlinge in Konflikt mit dem Strafgesetz geraten sind, in der Hauptverhandlung als ihr Beistand aufzutreten. Um ihnen diese Befugnis zu erleichtern, hat jetzt der Justizminister die Gerichtsbehörden angewiesen, in denjenigen Fällen, in welchen die Person und der Wohnort des gesetzlichen Vertreters eines Angeklagten unter achtzehn Jahren bekannt ist, zugleich mit dessen Vorladung zum Hauptverhandlungstermin eine bezügliche Mitteilung an den gesetzlichen Vertreter zu richten.

Die Zolltariffkommission kam in ihrer gestrigen (101.) Sitzung mit der ersten Lesung des Entwurfs zu Ende. Die Vorlage blieb in der Hauptsache unverändert. Auch der sozialdemokratische Antrag: „Ordnung, auch wenn sie von Souveränen verließen sind, nach Beschaffenheit des Materials ohne Rücksicht auf das Gewicht, keinesfalls unter 1000 Mark das Stück zu verzollen“, kam zur Verhandlung. Abg. Stadthagen (Soz.) begünstigte ihn. Er erklärte, er sei im Zweifel, ob nicht der Zoll für diesen Antrag zu niedrig bemessen sei. Die Zollfreiheit für Orden habe sich contra legem entwikkelt. Er wüßte hohe Hölle für ausländische Orden im Interesse der nationalen Produktion und Konjunktion. Nachdem Redner noch längere Ausführungen über das Ordenswesen und die Eitelkeit der Ordensträger gemacht hatte, schloß er unter stürmischer Heiterkeit. Die Debatte wurde hierauf geschlossen, ohne daß ein weiterer Redner zum Worte gelangen konnte. Abg. Dr. Müller-Sagan (Freis. Vp.) zur Geschäftsordnung bemerkte, daß ihm durch den Schluß der Debatte die Möglichkeit genommen sei, auszuführen, wie wenig er die Wertschätzung für Orden teile, welche die Sozialdemokraten befehlen, indem sie dieselben mit einem so hohen Zoll belegen wollen. Der sozialdemokratische Antrag wurde darauf abgelehnt. — Heute kommen zunächst die Verwendungsanträge des Centrums und der Sozialdemokraten zur Besprechung.

Vennigens Beisehung erfolgte gestern unter zahlreicher Beteiligung. Unter den Anwesenden befanden sich Handelsminister Möller, der frühere Landwirtschaftsminister v. Lucius, der kommandierende General v. Stünzner, die Spitzen der Behörden aus Hannover, sowie zahlreiche Mitglieder der nationalliberalen Partei und Freunde und Verehrer des Verewigten. Am Grabe sprach nach dem Geistlichen zunächst der Wirkl. Geheimrat Brandt, schilderte den Verstorbenen als Politiker und Menschen und legte im Namen der nationalliberalen Partei einen Kranz auf dem Grabe des Führers nieder. Dann sprachen Dr. Sattler im Namen der nationalliberalen Fraktion des Reichstages und v. Ghyern im Namen der nationalliberalen Fraktion des Landtages und legten ebenfalls Kränze am Grabe nieder, desgleichen ein Abgeordneter aus Berlin.

Vennigens als „roter Radikaler“. Moritz Busch berichtet in seinen „Tagebuchblättern“, daß Bismarck im Jahre 1881 ihm erzählt habe, der alte Kaiser hätte ihm, nachdem er 1877 durch Gubenburg von seinen Verhandlungen mit Vennigens erfahren habe, einen „groben Brief“ geschrieben, „ungefähr in diesem Stil: wie ich mich unterstellen könnte, mich mit diesem roten Radikalen, diesem Erzdemagogen einzulassen, und verbot mir ausdrücklich, weiter zu verhandeln mit ihm“. Ueber dieses schmeichelhafte Zeugnis wird Vennigens nicht schlecht erstaunt gewesen sein.

Ein frühliches Ereignis. Wie die „Berl. Ztg.“ erfährt, ging es am Sonnabend im Offizierskasino in Gumbinnen flott her. Lustige Weisen gab die Militärkapelle des Artillerie-Regiments 1 im Rasinogarten zum besten; wiederholt ertönten Hochs und Hurras. Die Teilnahme der Anwohner stieg, als in der neunten Abendstunde eine Abteilung Artillerie — 20 bis 30 Mann — zu Pferde in Gala mit Gaubusch anrückte, einen Offizier in vierwänniger Cavabrigade zum

Wahnhof eskortierte und sich von dem Inassen des Wagens mit dreimaligem Hurra verabschiedete. Der Inasse war — der soeben begnadigte Duellant Oberlieutenant Hildebrandt. In dem Abschiedsdiner für Hildebrandt nahmen nach ostpreussischen Blättern auch die Kommandeure der 2. Kavalleriebrigade, Generalmajor v. Willisch und der 2. Feldartilleriebrigade, Generalmajor Gronau teil. — Wir sind überzeugt, daß solche rücksichtslose Behandlung von Duellmördern sehr abschreckend auf die feudalen Duellfreunde wirkt. —

Serbien.

Finanzielle Schwierigkeiten.

Infolge erhöhter Wechselkurseinrichtungen steht sich die serbische Nationalbank veranlaßt, den Excompte auf einige Zeit einzustellen. Man glaubt, daß diese Einstellung so lange dauern wird, bis die Regierung in die Lage kommen wird, mehrere kurzfristige Darlehen der Bank zurückzahlen. Der Sektionschef im Finanzministerium Weltschkowice wird sich nach Paris begeben, um dort im Verein mit dem Pariser Gesandten Nicolas den mit der serbischen Regierung geschlossenen neuen Anleihe-Vertrag zu unterfertigen. —

Kleine politische Nachrichten. Ein neues Anarchistenblatt, „Der Förderer“, hat soeben in Berlin zu erscheinen begonnen. Herausgeber ist im Auftrage der sogenannten „Föderation revolutionärer Arbeiter Deutschlands“, der frühere Redakteur des „Sozialist“, Cigarettenfabrikant Oskar Wichte. Das Blatt will das Hauptgewicht auf den wirtschaftlichen Kampf legen und für die Ausbreitung des Genossenschaftswesens Propaganda machen. Gleichzeitig ist auch die Centralleitung der revolutionären Föderation, die sich in Fennabach bei Stuttgart befand, nach Berlin verlegt worden. — Der Lehrer Malewajski aus Slonim ist, dem „Pol. Tagebl.“ zufolge seines Amtes entsetzt worden, weil er in einer Gesellschaft u. a. geäußert hat: „Wenn es gegen die Deutschen losgeht, so bin ich einer der ersten, welcher die Sense in die Hand nimmt.“ — Zwischen dem Ältesten Wajed vom königlichen Bauamt Neumünster und einem Kieler Studenten der Medizin fand in Neumünster ein Säbelduell statt. Beide Gegner wurden erheblich verletzt. Der Architekt erhielt schwere Wunden im Gesicht. Die Ursache sollen Streitigkeiten auf einer Gesellschaft gewesen sein, wobei der Student dem Architekt eine Ohrfeige verabfolgte. —

Aus der Parteibewegung.

Die Einberufung eines Parteitag für Preußen hält auch Genosse Reichstagsabgeordneter Zubeil, wie er auf der am Sonntag abgehaltenen Kreisversammlung des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Charlottenburg ausführte, für notwendig, um die definitive Stellungnahme der preussischen Genossen zu den nächsten preussischen Landtagswahlen zu besprechen und festzulegen. —

Der Parteitag für die Provinz Ostpreußen findet am 7. September in Königsberg statt. —

Die Kreisversammlung für den Wahlkreis Gießen-Grünberg stellte als Reichstagskandidaten den Genossen Kaufmann Eduard Krumm in Gießen auf. —

Parteiopresse. Aus der Redaktion der „Norddeutschen Volksstimme“ in Bremerhaven ist der Genosse W. Dittmann ausgeschieden, um in die Redaktion der „Vergischen Arbeiterstimme“ in Solingen einzutreten. —

May Regel †.

Aus München wird gemeldet, daß unser Genosse Regel dort am Sonntag nachmittag an den Folgen einer Herzlähmung, die sich im Anschluß an eine schwere Lungenentzündung eingestellt hat, verstorben ist.

In May Regel hat die Partei einen ihrer älteren Genossen und einen begabten Schriftsteller und Dichter verloren. Vor 52 Jahren als Sohn eines Dresdener Proletariats geboren, besuchte Regel dort die Volksschule und erlernte dann das Schriftsetzergewerbe. Als ganz junger Mann hatte er sich bereits der sozialdemokratischen Bewegung angeschlossen und als unsere Dresdener Genossen ihr erstes Parteiblatt, den „Volkshoten“, gründeten, trat Regel in die Dittzin ein, in der das Blatt hergestellt wurde und war von Stunde ab einer der fleißigsten Mitarbeiter. Demals, Anfangs der sechziger Jahre, war es um die Herstellung der Parteiblätter manches Mal schlimm bestellt. Die Gelder waren knapp und wohl auch gar nicht vorhanden. Wenn die Blätter trotzdem erschienen, so nur infolge eines Opfermutes der Genossen, von dem unsere jüngeren Freunde sich heute kaum eine Vorstellung machen können. Wie manches Mal verzichtete Regel auf einen Teil seines Wochenlohnes, um die Fertigstellung des Blattes zu ermöglichen, daneben aber besorgte er in Abwesenheit August Otto-Walters auch die Redaktion, d. h. er setzte den Leitartikel direkt, ohne Niederdrift, aus dem Kopie. Eine Gabe, um dazuwilligen er damals viel bewundert wurde.

Nach Walters' Abgang übernahm Regel dann die Redaktion des „Volkshoten“ ganz, um dann später nach Chemnitz in die Redaktion der „Freien Presse“ überzusiedeln. In Chemnitz redigierte Regel auch den „Rustknauder“, neben dem in Braunschweig unter Koschowsky's Leitung erscheinenden „Seuchfugeln“ das erste sozialistische Wochenschriftblatt der Partei.

Das Sozialistengesetz mit seinen Verböten aller Parteipresse setzte auch der regelhaften Tätigkeit in Chemnitz ein Ziel. Der Versuch, unter Regels Leitung an Stelle der verbotenen „Berliner Freien Presse“ ein neues Blatt „Die Berliner Nachrichten“ herauszugeben, scheiterte an dem sofortigen Verbote der ersten Nummer. Regel kehrte wieder nach Dresden zurück, wo er an den verschiedenen Versuchen, wieder ein Blatt für die Genossen zu schaffen, sich lebhaft beteiligte, außerdem aber das Wochenschriftblatt „Hiddigeiger“ herausgab, bis auch dieses dem Sozialistengesetz zum Opfer fiel. Später leitete Regel jahrelang die „Frankische Tagespost“ in Nürnberg und war außerdem im Nierenischen Verlage in München tätig. Seit 1888 war Regel am „Wahren Jacob“ tätig, dessen stellvertretender Redakteur er im Jahre 1888 wurde. Seitdem leitete Regel abwechselnd in Stuttgart und München, wo er jetzt die Augen für immer geschlossen hat. Ueber den Gesundheitszustand des Verstorbenen lauteten

die Nachrichten in der letzten Zeit schon immer beunruhigend. Ein mehrmonatlicher Aufenthalt in Italien in diesem Frühjahr und Sommer hat die gewünschte Heilung nicht gebracht. Unser Genosse mußte vor einigen Wochen die Wasserheilanstalt Thalkirchen bei München aufsuchen, aber es war keine Hilfe mehr.

May Regel hat mit seinen satirischen Versen die Sozialdemokratie Jahrzehnte hindurch im Kampf gegen die Feinde lachend und spottend begleitet. Er hat sie aber auch durch seine Gedichte ernst und feurig geführt. 1889 erschien von ihm eine Biographie Lassalles. Weiter gab er eine Sammlung „Lichtstrahlen der Poesie“ und das „Sozialdemokratische Liederbuch“ heraus. Eine Sammlung seiner eigenen Gedichte erschien 1893

Am vollständigsten ist sein viel gesungener Sozialistenmarsch geworden:

Auf, Sozialisten, schließt die Reihen!
Die Trommel ruft, die Banner wehn.
Es gilt die Arbeit zu befreien,
Es gilt der Freiheit Ausrufschrei!
Der Erde Glück, der Sonne Pracht,
Des Geistes Licht, des Wissens Macht,
Dem ganzen Volke sei's gegeben!
Das ist das Ziel, das wir erstreben.
Das ist der Arbeit heil'ger Krieg
Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

Die Gabe der Rede war ihm verfallen und er selbst hat es oft bitter beklagt, daß ihm nicht vergönnt war, in öffentlicher Versammlung für die Ziele zu kämpfen, denen er sein Leben weihte.

Über er hat wahrhaftig genug gethan, und noch in den letzten Wochen seines Lebens ist ihm eine Genugthuung und Anerkennung geworden, wie sie dem Schriftsteller und Dichter selten zu teil wird. Vom Ausschusse des Arbeiter-Sängerbundesfestes, das in diesem Jahre in Augsburg stattfand, war an ihn eine Einladung ergangen, zuzuhören dem Massengesänge der Lieder, die er dem Proletariat gewidmet hat und die, so hieß es in der Einladung, „ein sicherer Schatz sein werden der Arbeiterfänger für alle Zeit“ ...

Gewerkschaftsbewegung.

Streits, Lohn Differenzen und Aussperrungen.

Schuhmacher. In Eberswalde haben in der Eberswalder Filzschuhfabrik von A. Verdt sämtliche Schuhmacher wegen Lohnabzug gekündigt. —

Elektromonteur. In Berlin hat der Streik bei der Firma Hardegen u. Co. nach vierzehntägiger Dauer am gestrigen Tage mit einem vollen Siege der Arbeiter seine Beendigung gefunden. —

Maurer, Zimmerer und Bauarbeiter. In Hamburg schmilzt die Zahl der ausgesperrten Arbeiter von Tag zu Tag immer mehr zusammen; bezuglichen die der importierten Arbeitswilligen, die jetzt in hellen Scharen Hamburg den Rücken kehren. Der „Vorwärts“ veröffentlicht folgendes Schreiben eines Arbeitswilligen, der wieder in seine Heimat zurückgekehrt ist. Er schreibt:

Der Unterzeichnete erklärt hierdurch, daß der Baumeister Paul Eder mich und einige hundert Kollegen von Wien nach Hamburg unter Vorpiegelung falscher Thatsachen gelockt hat. Der Arbeitsvertrag der Bauwerks-Firmaung ist mir und meinen Kollegen, welche gleichzeitig mit mir eingestellt wurden, nicht vorgelesen worden. Daß in Hamburg gearbeitet wird, hat man uns vollständig verschwiegen. In Wien ist uns versprochen worden, während der Fahrt Verpflegung zu erhalten; diesem Versprechen ist Herr Eder in der Weise nachgekommen, daß wir in etwa 30 Stunden ein Stückchen Brot und Wurst und ein Glas Bier erhielten. Die Folgen dieser großartigen Verpflegung sind denn auch nicht ausgeblieben, indem eine ganze Anzahl noch lange Zeit an Magenbeschwerden litt. Bei dem Kollegen Stettler Herrick sind die Magenkrämpfe so heftig ausgebrochen, daß derselbe einige Tage nach seiner Ankunft in Hamburg gestorben ist.

Wien, 8. August 1902.

Matthias Pexla.

Solcher Art sind also die Mittel, welche das Hamburger Unternehmertum zur Beschaffung von Arbeitswilligen in Anwendung gebracht hat. —

Landarbeiter. In Bari in Italien in der Provinz Apulien ist es zwischen streikenden Landarbeitern und der bewaffneten Macht zu blutigen Zusammenstößen gekommen. — In Cajano stießen 400 Bauern mit Gendarmen zusammen, die letzteren machten von ihren Waffen Gebrauch und mehrere der Streiker blieben auf dem Platze tot. — In Manjura versammelten sich die zahlreichen Arbeitslosen, zogen vor das Rathaus und verlangten Arbeit. — In der Umgebung von Ravenna ist der Streik der Landarbeiter und Bauern fast allgemein, die Grundbesitzer weigern sich, Lohnherabsetzungen einzutreten zu lassen. Mehrere Zuckerrübenfabriken haben schließen müssen wegen Mangel an Rüben. —

Textilarbeiter. In Luino in Italien sind seit 5 Wochen die Spinner einer Schweizer Firma im Auslande. Die Fabrikanten versuchen, Streikbrecher zu gewinnen; dies ist ihnen bisher aber noch nicht gelungen. Die Versuche der Arbeitskammer, Unterhandlungen anzubahnen, sind vergebens gewesen. —

Glasarbeiter. In Bray (Frankreich) wird in den Lampenfabriken bereits seit 11 Wochen zur Abwehr einer 15-20prozentigen Lohnherabsetzung gestreikt. Die Unternehmer suchen Streikbrecher in Belgien, und wahrscheinlich werden ihre Agenten auch nach Deutschland kommen. —

Bergarbeiter. Im Voire-Kohlengrubgebiet in Frankreich, wo die Bergarbeiter beinahe die Aufrechterhaltung der vor zwei Jahren getroffenen Vereinbarungen verlangen, während die Unternehmer sie gekündigt haben, scheint man nun doch zu einer Einigung zu gelangen, so daß der drohende Generalstreik vermieden wird. Die Arbeiter des Berges, der die Arbeitszeit zwischen Ein- und Ausfahrt festsetzt. Der Präfekt unterhandelt mit den Unternehmern wegen Annahme dieser Forderung. — In Anzin dürfte es zu einer Einigung kommen. Die Unternehmer wollen

bessere und gerechtere Lohnsätze aufstellen und haben ferner das Versprechen abgegeben, keine Entlassungen wegen der Beteiligung am Streik vorzunehmen. —

6. Verbandstag des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

T. K. Offenbach a. M., 10. August.

Bereits in den Vormittagsstunden entwickelte sich im Offenbacher Hauptquartier des Fabrikarbeiter-Verbandes ein reges Treiben. Die angelangten und vom Lokalkomitee in lebenswüthiger Weise empfangenen Delegierten wurden mit ihren Quartierkarten usw. versehen, alle Freunde aus allen Theilen des Reiches trübten ihre Erinnerungen auf, neue Kämpfer des großen Arbeiterheeres lernten sich kennen und gegen Abend zog sich ein großer Teil der Offenbacher Arbeiterschaft zusammen mit den fremden Gästen nach dem Saalbau, wo gleich nach 7 1/2 Uhr abends die Eröffnungssitzung des Verbandstages stattfand.

Nachdem der Gesangsverein Vorwärts-Offenbach in vorzüglicher Weise den Begrüßungsgefang „Brüder reicht die Hand zum Bund“ unter großem Applaus beendet, begrüßte Kollege Streb-Offenbach den Verbandstag in warmen Worten als Bevollmächtigter des hiesigen Gewerkschaftsrates, dessen Vorsitzender er ist, er wies darauf hin, daß die Offenbacher Arbeiterschaft seit je regen Anteil an allen Verbandstagen auf dem Gebiete der Arbeiterbewegung in ihren Mauern genommen. Die Kollegen speciell glauben, daß die Beschlüsse dieses Verbandstages von großer Bedeutung für die Weiterentwicklung der Organisation sein werden und er heiße die Delegierten herzlich willkommen, wüthige Namens der Offenbacher Kollegen und Arbeiter ihren Verhandlungen vollen Glück und hoffe, daß sie sich in unseren Mauern wohl fühlen werden. (Beifall)

Der Verbandsvorsitzende, Bruch-Hannover, glaubt im Namen aller zu sprechen, wenn er den Offenbacher Kollegen und Genossen den Dank der Delegierten für den lebenswüthigen Empfang ausdrückt. (Beifall)

Damit ist der Verbandstag eröffnet. Die Tagesordnung wird wie vorge schlagen en bloc angenommen und lautet:

1. Konstituierung des Verbandstages; Wahl des Bureaus; Festsetzung der Geschäftsordnung; Wahl einer Mandatsprüfungskommission.
2. Berichte: a) des Vorsitzenden; b) des Kassierers und der Revisionen; c) des Ausschusses.
3. a) Das Ergebnis der Arbeitslosen- und Krankenstatistik; b) die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung.
4. Statutenberatung.
5. Allgemeine Anträge.
6. Wahl des Ortes für den Sitz des Verbandes.
7. Wahl des Vorstandes und des Ausschusses.

Die Bureauewahl ergiebt: als Vorsitzende Martens-Harburg und Brey-Hannover; als Schriftführer Frau Fiech-Hamburg, Stille-Berge-dorf, Faber-Augsburg, Ubelung-Mainz, Metzke-Barel, Borger-Warmbed, Otten-Röhl.

Die Festsetzung der Geschäftsordnung erfolgt gleichfalls nach der Vorlage mit der Ausnahme, daß bei Beratung der Anträge über die Arbeitslosen-Unterstützung die Diskussionsredner 20 Minuten statt wie sonst 10 als Redezeit zugebilligt erhalten.

In die Mandatsprüfungskommission werden gewählt: Ohlendorf-Braunschweig, Lang-Frankfurt, Bergmann-Binden, Witt-München und Knecht-Offenbach.

Nach Beendigung zweier Begrüßungstelegramme wurde kurz vor 10 Uhr abends die erste Sitzung geschlossen.

Montag, 10. August.

Vormittag-Sitzung.

Bald nach 8 Uhr morgens wurde die Sitzung im Saalbau des Saalbaues mit geschäftlichen Mitteilungen eröffnet. In Punkt 2a der Tagesordnung ergänzte sodann der Verbandsvorsitzende den gedruckten vorliegenden Rechenschaftsbericht durch eine Reihe mündlicher Ausführungen. Der Verband ist in ein Verhältniß mit den österreichischen Bruderverein getreten bezüglich des Preisgesetzes. Die Agitation wurde durch Versammlungen und Flugblätter betrieben und auch speciell die Branchenagitation. Die Aufwendungen dafür waren sehr reichlich und in Wirklichkeit weit höher, als im gedruckten Bericht angegeben. Dort figurieren 11 516,67 Mark gegen 2122,62 Mk. in der vorhergehenden Periode 1898/1900. Die Vergleiche mit anderen Organisationen, beispielsweise jenen der Schreiner, Maurer und Metallarbeiter, fallen sehr zu unsern Gunsten in erwäunter Hinsicht aus. Das Verhältniß zwischen Vorstand und Gauvorständen mußte hier geregelt werden. Einzelne wenige Konflikte können dann vermieden werden. Die großen Zahlstellen müssen ihre Agitationsstellen für Versammlungen entfallen selber tragen. Heute wird damit selbst von verhältnismäßig gut fluitierten Orten die Gaukasse belastet. Hier muß das Gau-Reglement geändert bzw. erweitert werden. Weiter will der Vorstand in Zukunft, daß die Gauleitungen regelmäßige Rechenschaftsberichte dem Vorstande erstatten. In einzelnen Gauen läßt die Ausdehnung des Verbandes noch sehr zu wünschen übrig, beispielsweise in Schlesien und Rheinland-Westfalen.

Der Mitgliederstand betrug am Schlusse des 1. Quartals 1902 31 947 Personen gegen 29 512 zwei Jahre früher. In der Zwischenzeit wurden jedoch aufgenommen 44 437; die Fluktuation ist also eine sehr große. Die Finanzen haben sich seit 1900 um 20 000 Mark verbessert, sie könnten aber weit höher sein. Hohe Aufwendungen haben die Streiks erfordert; deren insgesamt 70 stattfanden, davon 45 Abwehrestreiks. Beteiligt waren an den 25 Auguststreiks 424 weibliche und 2505 männliche Mitglieder, bei den Abwehrestreiks 553 weibliche und 3065 männliche Mitglieder. Auguststreiks verursachten 78 817,87 Mark, die Abwehrestreiks 168 258,46 Mark Kosten. Von den bei den Streiks insgesamt beteiligten 6547 Mitgliedern beiderlei Geschlechts wurden dadurch für 5356 Personen die Arbeitsbedingungen verbessert oder aber beachtliche Verschlechterungen verhindert. Die Bauarbeiter, die im Fabrikarbeiterverbande sind, müßten in Zukunft gegen den Vorwurf geschützt werden, als ob sie nur unserer niedrigeren Beiträge würden sich vom Bau- und Erdbarbeiterverband fernhalten. Deshalb würde es gut sein, wenn sie in Städten über 20 000 Einwohner bei uns ebenso viel Beiträge bezahlten, als im Bruderverbande. Ferner entwickelt sodann die Entstehungsgeschichte des Marktschlichter Streiks, an dem zwei sich streitende Arbeiterinnen in letzter Linie Schuld gewesen sind, knüpft daran praktische Winke und Aufklärungen mancher Art und hofft schließlich, daß der Verbandstag unbeschadet aller Kritik mit dem Geleisteten zufrieden sein werde.

Sodann erstattete der Kassierer Brunns-Hannover den Kassensbericht für die Zeit vom 1. April 1900 bis 31. März 1902. Mit einem Kassensstande von 95 226,04 Mark beträgt die Einnahme 584 849,09 Mark, der eine Ausgabe von 467 871,64 Mark gegenüber steht, so daß ein Bestand von 116 977,45 Mark verbleibt. Der Streikfonds hatte am letzten Verbandstag einen Kassensstand von 13 441,35 Mark und damit sowie mit einem Zuschuß von 102 338,34 Mark aus der Hauptkasse eine Gesamt-Einnahme von 165 598,23 Mark, welcher eine Ausgabe in der Berichtszeit von 157 503,40 Mark gegenübersteht, so daß ein Bestand von 8094,83 Mark verbleibt. Der so oft im „Proletarier“ erschienenen Mahnung: Thut Geld in Euren Streikfonds, sind nur 111 Zahlstellen nachgefommen.

Namens der Revisionen erstattet Stille-Berge-dorf den Bericht, aus dem hervorgeht, daß Ausstellungen erster Natur an der Kassensführung nicht zu machen sind. Einige Anträge, über die später abgestimmt werden wird, dienen lediglich zur anderweiten Regelung der Kassengeschäfte.

Sodann erstattet Streb-Offenbach als Vorsitzender des Ausschusses den Bericht über die Tätigkeit dieses Verbandsfunktionärs. Es ergiebt sich, daß bei Entladung von Beschwerden der Ausschuss nicht immer auf Seiten des Vorstandes sich stellen konnte. Bezüglich der Festlegung eines Regulativs diese Angelegenheit den stets unerquicklichen Diskussionen dauernd entzogen werden müsse. Die Unterwerfungsbewertung bei einer Reisekostenregelung sei nicht am Platze gewesen.

Sodann erstattet Streb-Offenbach als Vorsitzender des Ausschusses den Bericht über die Tätigkeit dieses Verbandsfunktionärs. Es ergiebt sich, daß bei Entladung von Beschwerden der Ausschuss nicht immer auf Seiten des Vorstandes sich stellen konnte. Bezüglich der Festlegung eines Regulativs diese Angelegenheit den stets unerquicklichen Diskussionen dauernd entzogen werden müsse. Die Unterwerfungsbewertung bei einer Reisekostenregelung sei nicht am Platze gewesen.

Bericht

über die

Parlamentarische Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

(Fortsetzung.)

Die Regierung und die herrschenden Parteien verzichteten jedoch von vornherein darauf, unsere Vorschläge überhaupt eingehend zu diskutieren...

Die herrschenden Parteien machten sich die Erwiderung auf unsere Interpellation noch leichter. Das Centrum hatte für die Arbeitslosen viel salbungsvolle Worte, aber eine energische Initiative zu ergreifen, fiel ihm gar nicht ein...

Gegenüber diesem Verhalten der herrschenden Parteien hatte der zweite Redner unserer Fraktion recht, als er der Mehrheit sagte, die Erfahrungen der Krise sollten den Gegnern Anlaß sein...

So machte der Verlauf der Debatte den Arbeitern im Lande wieder einmal die Augen darüber auf, was sie von den arbeitertreuen Parteien der bürgerlichen Parteien im Ernstfalle zu halten haben.

Eine weitere von uns eingebrachte Interpellation betraf den Versuch der Reutherer Polizeibehörde, das Reutherer Arbeitersekretariat als Gewerbebetrieb zur Anmeldung zu zwingen...

Nach dieser befriedigenden Erklärung konnten wir von einer weiteren Besprechung der Interpellation Abstand nehmen.

In dieser Sitzung brachte auch das Centrum wieder seine bekannte Interpellation zwecks Aufhebung des Jesuitengesetzes ein...

Kulturkampfzeit immer wieder auf den Schild zu heben. Macht dies doch den Eindruck, als sei das Centrum eine unterdrückte Partei, die für die angeblich gefährdete Sache des Katholizismus kämpft...

Unser alter Standpunkt zur Sache; nur her mit den Jesuiten, hat sich in keiner Weise geändert. Unser Redner, der diesen Standpunkt begründete, gab den Mitgliedern des Centrum, der wissentlichen Bewilligungspartei der Regierung, unter stümmliger Heiterkeit...

Eine Interpellation der Reichstagspartei Altsüddeutscher u. Gen. beschäftigte sich mit der Beschilfe für die Kriegsinvaliden. Da sich der Reichstag alsbald mit dieser Sache befaßt und deshalb in allen Fraktionsberichten darüber geschrieben worden ist...

Die Regierung erwiderte auf die Interpellation, welche die rechtsstehenden Parteien immer mit großem Eifer unterstützten, weil sie der Stimmung in den Kriegervereinstreikern, die sie bei den Wahlen nötig haben...

Von unserm Redner wurde dem und den Agitationsreden der Gegner gegenüber wieder auf den Antrag hingewiesen, den wir schon früher gestellt hatten, den Kriegsteilnehmern die bewilligte und überdies wegen Mangels finanzieller Mittel zur Auszahlung verweigerte jährliche Beihilfe von 120 Mark auf 160 Mark zu erhöhen...

Am 20. Januar d. J. nahm dann übrigens der Reichstag einstimmig einen von allen Parteien unterstützten Antrag an, durch welchen die Regierungen ersucht wurden, durch einen Nachtragsetat zum Reichs-Gehaltsetat für das Rechnungsjahr 1902 die Auszahlung aller auf Grund des Gesetzes vom 22. Mai 1895 bewilligten Beihilfen an Kriegsteilnehmer vom 1. Januar ab herbeizuführen...

Unsere Fraktion hat von jeher die Verpflegung des Reiches anerkannt, für die inaktiven Militärbespersonen ausgiebiger zu sorgen als es jetzt geschieht. Da von Seiten der Regierung erklärt wird, es seien keine Mittel vorhanden, halten wir für den gangbarsten Weg, solche auszubringen, die Reichs-Einkommensteuern. Mögen die Wohlhabenden des Reiches, die für den Militarismus eintreten, auch für seine Opfer sorgen...

Durch eine Interpellation der Polen kamen die Vorgänge in Wreschen im Reichstages zur Besprechung. Das Verhalten des Reichstanzlers entsprach dabei dem Standpunkte, den er im preussischen Abgeordnetenhaus als Vertreter der preussischen Regierung wie überhaupt in der preussischen Polenpolitik eingenommen hat...

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Der Präsident.

Roman von Karl Emil Franzos.

(19. Fortsetzung.)

Unschlüssig blieb der Anwalt stehen; die Stelle war so müßig, so unheimlich; sollte er noch länger verweilen? Da, plötzlich, entfuhr ihm ein leiser Schrei und er stürzte einen Schritt vor...

Der Mann kam näher, langsam, unsicheren Schrittes, mit der Hand am Geländer hintastend. Noch einmal zuckte die Lampe auf — es war der lange Mantel, der graue Hut — Berger zweifelte nicht mehr.

„Wittor!“ Berger wollte es laut rufen, aber der Name brach heiser, fast unvernünftig von seinen Lippen; er wollte vorwärts stürzen — und konnte doch nur einen, einen zweiten Schritt thun, so sehr hatte ihn das Unheimliche des Augenblicks übermannt.

Sendlingen wahrte ihn nicht; kaum zehn Schritte von dem Freunde blieb er stehen und beugte sich über das Geländer. Mit beiden Armen aufgestützt, lehnte er da und starrte in die wild aufbrausenden Fluten.

So vergingen einige Sekunden. Da flammte die Lampe wieder auf, nur einen Moment gab sie hellen Schein. Sendlingen hatte sich plötzlich aufgerichtet und Berger sah, glaubte zu sehen, wie der Unglückliche sich jetzt nur noch mit einer Hand an das Geländer stützte, wie der Körper sich aufreckte.

„Wittor!“

In zwei Sägen, in zwei Atemzügen war er neben ihm, hatte seinen Körper umfaßt, in seine Arme gerissen.

„Georg!“

Juchbar gellte der Schrei — ein Schrei nach Hilfe! — ein Schrei der Abwehr?!

Dann stieß Berger, wie dieser zuckende Körper plötzlich starr und schwer wurde — er hielt einen Dummstichtigen in seinen Armen.

Siebentes Kapitel.

Kurz darauf wurde so heftig an das Fenster der Fächerkneipe gepöcht, daß eine der Scheiben zerbrach. Fluchend stürzten Wirt und Gäste auf die Gasse. Aber sie wurden still, als sie den verstörten Mann wahrten, die seltsame Last in den Armen; stumm hielten sie den Dummstichtigen ins Haus schaffen. Der Wirt hatte die Züge erkannt: er fürchtete es den anderen zu, und so groß war die Liebe und Achtung, welche sich an diesen Namen knüpfte, daß die rohen, halbrunknen Menschen in der wüsten Schenkstraße schen und ehrfürchtig umherstanden, wie in einer Kirche.

Regungslos lag der Körper auf der Bank, die sie herbeigerückt; ein Federchen, das sie ihm an die Lippen brachten, erzitterte kaum merklich, so schwach ging der Atem aus und ein. Nunlos erwies sich das einzige Mittel, welches das ärmtliche Haus bot, der Aquavit, mit dem sie Brust und Pulse befeuchteten; erst der Armenarzt, den einer der Fächer rasch herbeigeht, bewirkte es durch seine Essenzen, daß der Dummstichtige tiefer zu atmen begann und endlich die Augen aufschlug. Aber der Blick war starr und unheimlich, die Lippen flüsternd wüßten Worte. Dann riesen die tiefgeröteten Lider wieder zu; es war ihnen und den Thränen Spuren an der Wange deutlich anzusehen, wie heftig der Unglückliche in seinem hilflosen Umherirren vor sich hin gewinkt. . . .

„Wir müssen ihn sofort heimschaffen,“ sagte der Arzt.

„Es ist ein Herberfieber im Anzug.“

preussischen Abgeordnetenhaus wie auch im Reichstag, und hat doch auch das Centrum bei den Wahlen die polnische Bevölkerung nötig. Das hindert aber weder die Polen noch das Centrum, in allen sonstigen Fragen in der schlimmsten Weise gegen die Interessen der ausgebeuteten polnischen Arbeiterbevölkerung zu stehen. Nur in ihrer national-polnischen Opposition gegen die Regierung trennen sich die Polen des Reichstages von der Mehrheit, weil es ihr persönliches Interesse erfordert. Zu allen übrigen Fragen sind sie ebenso reaktionär wie der schlimmste preussische Junker und halten auch auf intimen gesellschaftlichen Verkehr mit diesen. Die polnische Bevölkerung bedarf daher eines andern Anwalts, den mit der polnischen Arbeiterbevölkerung vor allem das Klasseninteresse verbindet. Als dieser erwies sich auch in der Polenbebauung wiederum die Sozialdemokratie. Unse Fraktion sah in ihrer Kritik der Wreschener Schultrügereien und dem was ihnen folgte, den Hausfriedensbruchs-Anlagen und den schweren Freiheitsstrafen, als Kern: den verurteilten Versuch einer Majorität, einer sprachlichen Minorität ihre Sprache aufzuzwingen. Diese Art Germanisierungspolitik sei nur ein Bestandteil der Klassenherrschaft, und wenn die bevorrechteten Klassen der polnischen Bevölkerung bei uns dieselben Herrschaftsrechte ausüben könnten wie das preussische Junkertum oder die galizische Schlächter, hätten die polnischen Proletarier von ihnen auch nicht viel Besseres zu erwarten. Wir verlangten Sprachentoleranz so gut wie Regierungstoleranz, denn die Kenntnis der Muttersprache ist die Grundlage aller Bildung. Im übrigen zeigte unser Redner an den Beispielen schwerer Verurteilungen unsrer in der Arbeiterbewegung stehenden polnischen Genossen, wie wir ganz besonders unter dem System zu leiden hätten. Unser Redner schloß mit dem Hinweis, daß die Lösung der polnischen Frage erst erreicht werde mit dem Erwachen des Klassenbewußtseins des polnischen Proletariats und seinem Anschluß an das Proletariat aller Völker. Das sei zugleich die Lösung der Nationalitätenfrage in ihrer Gesamtheit, denn für das klassenbewußte Proletariat gäbe es keine Nationalität.

Diese Ausführungen begleitete der Chorus unserer „nationalen“ Gegner teils mit Ähren, teils mit Hohlnachen, und bewies so am besten, wie wenig er überhaupt die Qualifikation besitzt, die Nationalitätenfrage im Osten zu lösen.

Das bekannte Duell zwischen den Leutenants Blaszkowicz und Hilbrandt zu Jasterburg war die Veranlassung zu der national-liberalen Duell-Interpellation. Der Vorgang war bekanntlich der, daß der Leutnant Blaszkowicz im Rauch den Leutnant Hilbrandt, der ihn gemeinschaftlich mit dem Leutnant Masnuffen aus einer Thorede, wofür er zur Nichtigkeit betrunken hatte, nach Hause brachte, im Haus für seiner Wohnung nach einem Wortwechsel und im Trunk einen Schlag gab. Dadurch war dem Leutnant Hilbrandt eine jener Verleumdungen zugefügt, die nach dem militärischen Ehrengesetz mit „mit Blut abgewaschen“ werden können. Die Folge: ein Zweikampf; Blaszkowicz, der übrigens kurz vor seiner Heirat stand, blieb tot auf dem Plage. Hilbrandt erhielt 2 Jahre Festung.

Dieses Duell hatte eine so allgemeine Erregung hervorgerufen, daß die bürgerlichen Parteien gar nicht anders konnten, als es zum Gegenstande einer Besprechung zu machen. Unsere Fraktion nahm den einzig richtigen Standpunkt ein, indem sie den Erlaß einer kaiserlichen Verordnung verlangte, wonach der Zweikampf unter Offizieren unter allen Umständen verboten sei. Dann würden die Ehrengerichte sich wohl erst bestimmen, bevor sie ein Duell für unvermeidlich erklärten. Und mit dem Duell in der Armees würde auch der Zweikampf innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft verschwinden.

Anstatt sich dem anzuschließen, führten die Gegner wieder einmal eine ihrer bekannten Duelldebatten auf, die schließlich breit und fruchtlos im Saale verlaufen.

Initiativanträge.

Entgegen den Behauptungen unserer Gegner, daß unsere parlamentarische Tätigkeit sich in einer angeblich unfruchtbaren Kritik erschöpfe, während wir praktisch nichts zu schaffen vermüßten, hat die Fraktion bei passender Gelegenheit immer aufs neue die Initiative ergriffen, bestehende Mißstände durch ausgearbeitete Gesetzesentwürfe zu beseitigen und unsere Gesetzgebung im Geiste der Zeit zu reformieren. Zwar berührt uns das Gebelfer über die angeblich „unfruchtbare Kritik“ in keiner Weise. Solche Vorwürfe sind überhaupt nur möglich, weil unsere Gegner von der Vorstellung beherrscht sind, der Reichstag sei eine Art Bedienter der Regierung, der nach einiger „zulässiger“ Kritik wieder Geheiß zu begehren habe und dessen Tätigkeit damit erschöpft sei. Daß der jeweilige Reichstag, als der Ausdruck des Volkswillens, über den Ministerien steht und den Forderungen des Volkes bei der Regierung Geltung zu verschaffen hat, wollen die Gegner nicht einsehen. Gerade von diesem Standpunkte aus hat die Volkswertung eine vorwiegend kritische Tätigkeit zu entfalten; ihre Bemängelungen und Anregungen hernach in Paragraphen und Gesetzesvorlagen zu bringen, kann sie getroffen den einzelnen Regierungskressorts

Der Anwalt sandte um eine Krankenbahre ins Hospital; sie war bald zur Stelle; der Kranke wurde sorglich hineingebracht. Rasch schritten nun die Träger aus; der Arzt und der Anwalt gingen nebenher. Als sie auf den Marktplatz kamen, stießen sie auf Franz. „Tot?“ schrie er auf; aber als er das Gegenteil vernahm, sprach er kein Wort mehr, sondern eilte voraus.

So war Fräulein Brigitta schon verständigt; auch sie benahm sich gefaßt, als ihr der Anwalt zugetraut hätte. Das Bett stand bereit, der Hausarzt war bald zur Stelle. Auch er teilte die Ansicht seines Kollegen. „Eine Erkrankung auf Leben und Tod,“ sagte er dem Anwalt, „das Fieber im Steigen, das Bewußtsein gänzlich getrübt. Wahrscheinlich infolge der Heberarbeit bei der Wiener Enquete,“ fügte er bei. „Eine heftige Erkältung mag hinzuge treten sein.“

Der Armenarzt empfahl sich, Franz mußte zur Apotheke; Berger und der Hausarzt blieben bei dem Kranken. Der Anwalt rang einen harten Kampf; sollte er dem Arzte die Wahrheit sagen? Dem Ahnungslosen mußte Sendlingens Benehmen wie ein Fieberwahn erscheinen; er aber wußte es besser! Wohl litt der Unglückliche auch körperlich, aber nicht unter dem Eindrucke wüßter Phantasien schuldete er Leide oder wühlte das angstverzerrte Antlitz in den Kissen; das Hebermaß des Leidens, die Schreden des einsamen Umherirrens hatten seine Kraft völlig gebrochen; alle Selbstbeherrschung war dahin; er zeigte sich, wie er war: in qualvollster Hilflosigkeit! Und was dem Arzt als der deutlichste Beweis gestörten Denkens erscheinen mochte, verstand Berger nur zu gut: das war, als ihn Sendlingen herbeiwinkte und ihm flehend, wie von tiefster Scham erfüllt, zuflüsterte: „Geh, Georg, begreiffe Du nicht, daß ich Deinen Anblick jetzt nicht ertragen kann?“

Da schlich er hinaus und sank im Vorzimmer auf einen Stuhl, und vor seinen Augen stand wieder jenes schauerliche Bild: der einsame Steig, von der zuckenden Lampe beleuchtet; drunter rauschten die Wellen. . . . „Oh, welches

überlassen, welche, wie einer unserer Redner einmal humorvoll bemerkte, die Fabrikation von Gesegentwörfern gewerbmäßig betreiben". Nur soweit die Regierung den Anträgen nicht Folge leistet, sei es, daß sie nicht will oder es nicht zu können glaubt, hat der Reichstag selbst durch die Vorlegung ausgearbeiteter Gesegentwürfe die Initiative zu ergreifen.

Von diesem Gesichtspunkte aus hat unsere Fraktion stets gehandelt. Unsere Initiativanträge sind der Ausdruck der vielen dringenden, aber bisher unerfüllt gebliebenen Forderungen des Volkes, sprechlich der Arbeiterklasse, und wenn wir, unter allen Fraktionen, die wir den Vorschlag gestellt haben, erscheint dies nur als ein neuer Beweis für den Stillstand der Gesetzgebung auf den wichtigsten Gebieten.

Da diese Tagung mit der Holtvorlage und anderen wichtigen Gesegentwörfern bepackt war, deren vorläufige oder endgültige Erledigung den Reichstag stark in Anspruch nahm, sind die Initiativanträge der Parteien, durch die Einschränkung der "Schwerinstage" sehr schlecht weggekommen. Hierunter befinden sich auch die unsrigen. Einzig unser Gesegentwurf betr. das Verbot der gewerblichen Beschäftigung schulpflichtiger Kinder unter 14 Jahren könnte durch den Regierungsentwurf als bedingt erledigt betrachtet werden. Unerledigt ist hingegen der von uns eingebrachte Gesegentwurf: Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes, von Arbeitsämtern, Arbeitskammern und Einigungsämtern; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesegentwurfs betreffend die Errichtung von Betriebs-Aufsichtsbehörden durch das Reich an Stelle der einzelstaatlichen Gewerbe-Aufsichtsbehörden; unser Antrag betreffend Vorlegung eines Gesegentwurfs, durch welchen die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Arbeiterinnen abgeändert werden; unser Gesegentwurf betreffend die Abänderung des Strafgesetzbuches (Majestätsbeleidigung); unser Gesegentwurf betreffend Schutz der Reichstags-Mitglieder gegen Verhaftung während der Sitzungspériode; unser Gesegentwurf betreffend Erweiterung des Rechts der Versammlung, Vereinigung und Koalition; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesegentwurfs betreffend die Feststellung eines zehntägigen Maximal-Arbeitstages für alle im Gewerbe-, Industrie-, Handel- und Verkehrsweisen beschäftigten Personen, der innerhalb gesetzlich zu bestimmender Fristen auf acht Stunden zu kürzen ist; unser Gesegentwurf betreffend Erweiterung und Sicherung der Pressefreiheit; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesegentwurfs betr. die Neu-Abgrenzung der Reichstags-Wahlkreise entsprechend der Zunahme der Bevölkerung; unser Antrag auf Vorlegung eines Gesegentwurfs betr. das Verbot der Fabrikation, Einfuhr, Ausfuhr und des Verkaufs von Zündhölzchen, mit weißen Phosphor, und schließlich unser Gesegentwurf betreffend die Durchführung der Verantwortlichkeit des Reichstanzlers. (Schluß folgt.)

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 12. August 1902.

Stadtverwaltung gleich Bürgermeister?

Nach der Begründung, welche der Staatsanwalt sowohl wie die Ferienstrafkammer des hiesigen Landgerichts ihrem Urteil in dem letzten Preßprozeß gegen die „Volkstimme“ gegeben haben, ist jede Beleidigung einer Stadtverwaltung gleichzeitig eine Beleidigung jedes einzelnen Mitgliedes der Stadtverwaltung.

Hatte der Staatsanwalt die Verurteilung damit begründet, daß — durchaus im Gegensatz zur Städteordnung — der erste Bürgermeister „in erster Reihe für die Stadtverwaltung verantwortlich“ sei und daher durch einen verletzenden Angriff gegen diese auch persönlich beleidigt sei, so ging das Gericht in der mündlichen Urteilsbegründung noch weiter. In dieser hieß es, daß, wenn eine Beleidigung gegen eine Stadtverwaltung oder eine andere Körperschaft erfolgt sei, jedes einzelne Mitglied derselben zur Stellung eines Strafantrages berechtigt sei. Es könne keinem Mitgliede der beleidigten Korporation verwehrt werden, den Beleidiger vor die Schranken des Gerichts zu fordern, wenn seine Kollegen aus irgend einem Grunde keinen Strafantrag stellen wollen.

Natürlich wird gegen das Urteil Revision eingelegt, um dem Reichsgericht Gelegenheit zu geben, sich über die interessante juristische Streitfrage zu äußern. Die Angelegenheit ist von grundsätzlicher Bedeutung. —

Glend! höhnte er, und zum ersten Male seit langen Jahren, vielleicht seit seiner Knabenseit, brach ein Schluchzen aus seiner Brust, wenn auch die Augen trocken blieben. . . .

Ein rascher Schritt stürzte ihn auf, es war Franz, der das Medikament brachte. Er befohl dem Diener, den Arzt sofort zu ihm zu bitten. „Herr Doktor,“ sagte er diesem, „Sie sollen die Wahrheit wissen, so weit ich sie sagen darf. Ein Unglück,“ führte er aus, „habe den Präsidenten getroffen, schwer genug, den stärksten Mann niederzuwerfen. Ihre Kunst,“ schloß er, „kann die Seelen nicht heilen, ich weiß es. Aber Sie können dem Nerven geben, was er zunächst bedarf: Schlaf! Sonst reißt die Lual Körper und Geist auf.“

Der Arzt that keine Frage: er blickte lange schweigend vor sich nieder. Dann sagte er kurz: „Es soll geschehen! Ich habe zum Glück ein solches Mittel bei mir!“

Er ging wieder ins Krankenzimmer. Zehn Minuten später öffnete er die Thüre und ließ den Arzt eintreten. In diesem Schlafe lag Sendlingen da; wohl traumlos, denn auch die Flügel hatten sich wieder geglättet.

„Wie lange wird der Schlaf währen?“ fragte Berger.

„Vielleicht bis morgen Mittag,“ erwiderte der Arzt, „vielleicht noch länger, da der Körper so erschöpft ist. Jedenfalls mühen wir morgen, ob eine ernsthafte Erkrankung vorliegt. Aber wenn auch nicht, wenn nur die Seelenqual sich wiederholt, so ist schon dies schlimm genug. Sehr schlimm. — Wissen Sie dagegen kein Mittel?“

„Keines!“ erwiderte der treue Mann tonlos. Dann schieden sie langsam, in tiefer Betrübnis.

Schon in grauer Frühe, da die Glocken des Domes zum ersten Male erklangen, war Berger wieder im Vorzimmer. „Gottlos, er schläft noch immer.“ Klüßerte ihm Tränen im Brüste zu. „Nicht wahr, nun ist das schlimmste vorüber?“

„Wir wollen es hoffen,“ erwiderte er gedrüß. Lange stand er am Fenster und starrte in den Hof hinaus; unwillkürlich hatte sein Blick an jenem Thürchen in der Mauer, welches so klein und niedrig war, daß er es nie vorher bemerkt; erst jetzt hatte er es gefunden.

Dann ritt er sich auf und ging in den anderen Trakt, zu seiner unglücklichen Klientin. „Wo geht es der Herrin?“ fragte er den Kerkermeyer, der eben zufällig am Thore stand.

(Schluß folgt.)

Achtung, Stadtverordnetenwähler! Die Liste der stimmberechtigten Bürger liegt — nach einer Bekanntmachung des Magistrats — vom 15. bis einschließlich 30. dieses Monats in den Dienststunden von 9 bis 1 Uhr mittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags, und zwar für die Altstadt im Steuerbureau, Spiegelbrücke 1, 1. Et., Zimmer 9, für die Stadtteile S u d e n b u r g, N e u s t a d t und B u d a u in den Rathhäusern daselbst zur Einsicht offen.

Während dieser Zeit kann jedes Mitglied der Stadtgemeinde gegen die Richtigkeit der Liste Einwendungen erheben. Dieselben sind schriftlich einzureichen oder bei den an den Auslegungsorten anwesenden Beamten zu Protokoll zu erklären.

Veräume keiner der Wähler, Einsicht in die Liste zu nehmen und sich davon zu überzeugen, daß sein Name in derselben enthalten ist. —

Zur Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ist ein Verfassungsbericht von Interesse, den wir der „Magdeburger Zeitung“ entnehmen. Das national-liberale Blatt berichtet:

In der letzten Monatsversammlung des Ortsvereins Magdeburg des Vereins der deutschen Kaufleute wurde nochmals die Eingabe der hiesigen Handlungsgehilfenvereine an die städtischen Behörden besprochen, in der um Erlaß eines Ortsstatuts gebeten wird, nach dem an den Sonn- und Festtagen die Kontore sämtlicher hiesigen Firmen gänzlich und die offenen Verkaufsstellen (mit Zulassung von Ausnahmen) um 12 Uhr mittags geschlossen werden, sowie ferner für jeden Angestellten der jedesmalige zweite Sonntag völlig dienstfrei gelassen wird. Die Berechtigung dieser Forderungen wurde anerkannt. Weiter wurde darauf hingewiesen, daß der Ortsverein eine Eingabe an das Oberpräsidium gerichtet habe, es möge die Forderung an den Sonn- und Festtagen auf die Zeit von 10—12 Uhr verlegt werden, so daß eine zusammenhängende Arbeitszeit geschaffen wird, unter Zustimmung von Ausnahmebestimmungen für die Lebensmittelbranche, Blumen- und Cigarrengehäfte etc. Um die erweiterte Sonntagsruhe für die Angestellten im Handelsgewerbe ohne Verkaufsstellen durchzuführen zu können, beschloß der Verein ferner, event. gemeinschaftlich mit den übrigen Handlungsgehilfenvereinen unserer Stadt, eine Petition an den Verband der Metallindustriellen zu richten zur Herbeiführung der Lohnzahlung in den industriellen Etablissements am Freitag jeder Woche, um es so den Arbeiterfamilien zu ermöglichen, ihre Einkäufe bereits Sonnabend zu besorgen. Zur weiteren Verfolgung dieser Sache wurde eine aus Mitgliedern der Ortsvereine Magdeburg und Eudenburg bestehende Kommission gewählt.

Interessant ist, daß die Mitglieder des Ortsvereins, welche trotz aller schlechten Erfahrungen immer noch an die „Harmonie zwischen Arbeit und Kapital“ glauben, zum größten Teile der freisinnigen Volkspartei Heeresfolge leisten, obwohl diese kapitalistische Partei ihre Forderungen nicht unterwirft. Vielmehr hat sich erst kürzlich gezeigt, daß nur die Sozialdemokraten in der Stadtverwaltung für die Forderungen des Ortsvereins eintreten.

Der Appell an das „gute Herz“ der Metallindustriellen dürfte namentlich in den Reihen der Metallarbeiter Stürme der Heiterkeit entfesseln. Die sozialdemokratische Partei beantragte anlässlich der letzten Novelle zur Gewerbeordnung im Reichstage die gesetzliche Einführung der Lohnzahlung am Freitag, aber natürlich wurde dieser volkstümliche Antrag abgelehnt. —

Gegen die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe veröffentlicht der „Central-Anzeiger“ einen von Unternehmerinteresse diktierten Sprechsaal-Artikel, den das arbeiterfeindliche Blatt natürlich ohne jeden Kommentar wiedergibt. Seitens des Oberbürgermeisters ist dieser Tage an die Geschäftsinhaber eine Umfrage ergangen, die besonders die Beantwortung der Frage fordert: „Befürworten Sie eine weitere Einschränkung der Sonntagsarbeit?“

Natürlich stachelt der Artikelschreiber die Geldgier der Prinzipale auf und ratet ihnen, mit „Nein!“ zu antworten. Er schreibt geistreich:

Wer da glaubt, auf einen Teil der Sonntagsruhe verzichten zu können, der möge doch einfach sein Geschäft schließen; zu vermeiden bleibt aber jedenfalls der Versuch, eine größere Anzahl arbeitsfähiger und verdienstbedürftiger kleinerer Geschäftsleute in der Gewerbsgelegenheit zu beschränken.

Wenn die Konkurrenten ihren Laden offen halten, kann man dem Einzelnen natürlich nicht verübeln, wenn er sich keiner Schädigung aussetzt und deshalb auch in seinem Geschäft thätig ist. Nicht nur die Angestellten, sondern auch die selbständigen Geschäftsleute bedürfen der Sonntagsruhe, und ist ihnen daher im eigenen Interesse zu empfehlen, dem Appell an ihre häßlichen Triebe nicht zu folgen. Das Geschäft kann natürlich nicht darunter leiden, wenn alle Läden gleichmäßig geschlossen sind.

Eine weitere Frage des Magistrats lautet: „Reicht für den Sonntagsverkehr die jedesmalige Heranziehung nur der Hälfte Ihrer Angestellten aus?“

Auch diese Frage will der Artikelschreiber — offenbar ein fanatischer Feind der Handelsgehilfen und der Handlungsgehilfen — mit „Nein!“ beantwortet wissen. Unter anderem meint der Gemütsmenschen:

Es wäre sehr zu bedauern, wenn auf Grund der Beantwortung dieser Frage ein Ortsstatut erlassen würde, das dem Geschäftsherrn die Verpflichtung auferlegt, seinem Personal einen Sonntag um den andern ganz frei zu geben. Wie soll z. B. ein Detaillist verfahren, der nur einen Gehilfen hat? Er würde gezwungen sein, jeden zweiten Sonntag die ganze Last des Sonntagsgeschäfts allein zu tragen!

Der Herr vergißt, daß die Handlungsgehilfen zum großen Teile stellungslos sind und daß es sich empfiehlt, das Personal zu vermehren, um verständigen sozialpolitischen Forderungen gerecht zu werden. Außerdem kommen in erster Reihe die Warenhäuser und Großbetriebe in Frage, in denen nur die Neigung, das Personal zu schikanieren, manchen Chef veranlaßt, an jedem Sonntag alle Angestellten kommen zu lassen. —

Formgerechte Eingaben muß jeder abfassen, welcher bei den Gerichten sein Recht verfolgen will. Hier am Blatte ist es in den weitesten Kreisen üblich, Widerspruch gegen empfangene Strafbefehle und Strafverfügungen in der Form zu erheben, daß man einfach auf den Strafbefehl schreibt: „Ich erhebe Widerspruch gegen die Bestrafung.“

Meist wurde diese Erklärung nicht einmal unterschrieben, trotzdem sah das Schöffengericht einen derartigen Einspruch bisher immer als genügend an. Anders jetzt, nachdem das Landgericht entschieden hat, ein schriftlich erhobener Widerspruch habe nur dann Wirksamkeit, wenn er mit dem vollen Namen des Betreffenden unterzeichnet ist. Jetzt werden nun fast täglich Einsprüche ohne Würdigung der Sache einfach zurückgewiesen, weil die Unterschrift fehlt. —

Hohe Kirchensteuer. Für die St. Johannis-gemeinde ist am 10. d. M. in der Sitzung der Gemeindeverwaltung die Erhebung einer Kirchensteuer von 12 Prozent der Einkommensteuer (gegen 8 Prozent des Vorjahres) für das laufende Rechnungsjahr beschloffen und als Fälligkeitstermin der 15. September angelegt worden. —

Ueber die Organisationsverhältnisse der Schneider in der Provinz und im Königreich Sachsen sowie in Anhalt und Braunschweig entnehmen wir der neuesten Nummer der „Fachszeitung für Schneider“ folgende Ausführungen: „Dieser große Bezirk mit seinen 82 Filialen hat sich im Laufe von fünf Jahren nur um 1071, pro Jahr und Filiale um noch nicht drei Mitglieder, vermehrt! Und dies, obwohl in seinem Gebiet allein sechs große Städte liegen: Braunschweig, Halle, Magdeburg, Chemnitz, Dresden und Leipzig. Diese sechs Städte hatten 1897 insgesamt 819 Mitglieder, 1901 waren es 1331, also ein Mehr von nur 500. Das hätte in diesem Zeitraum eine einzige Stadt wie Dresden, Leipzig oder Magdeburg aufweisen müssen. Hier muß geprüft werden, wie diesem leidigen Zustand abzuhelfen ist, denn hier sind noch ungezählte Hunderte für die Organisation zu gewinnen. Die kleineren Städte Stuttgart, Bremen, Hannover weisen gegen Dresden, Leipzig und Magdeburg glänzende Zahlen auf. Oder stellen wir München und Dresden, Magdeburg und Stuttgart, Leipzig und Frankfurt a. M. zusammen, so ist der bedeutende Unterschied in den Organisationsverhältnissen in die Augen springend. Und doch ist dieser ganze Bezirk dazu angethan, ein Rekrutierungsland sondergleichen zu werden für unser Verbandshere. Industriell äußerst fortgeschritten, nicht wirtschaftlich oder sozial tiefstehend, nicht unter geistlicher Vormundschaft, dagegen politisch äußerst regsam und fruchtbar, ist es für uns ein nur wenig erträgliches Feld. Hier muß unbedingt mit vermehrter Kraft eingesetzt werden, um bald zufriedenstellende Verhältnisse zu erzielen. Daß die Kollegen dort organisationsfähig sind, beweisen die früheren Jahre bei einigen Filialen. So hatte z. B.

Braunschweig 1900 . . .	155 Mitglieder,	1901 . . .	139
Magdeburg 1898 . . .	235	1901 . . .	167
Chemnitz 1898 . . .	140	1901 . . .	120
Dresden 1899 . . .	607	1901 . . .	478
Leipzig 1898 . . .	486	1901 . . .	300

Summa 1623 Summa 1204

In diesen fünf großen Städten also ein nomineller Verlust von 400 Mitgliedern! Hier klappt irgend etwas nicht. Man wende nicht ein, daß das durch andere Verhältnisse bedingt und unabänderlich sei. Das glaubte man auch von Berlin, Bremen, Hannover, München, Straßburg usw., heute ist aber der Beweis geliefert, daß es nur galt, die schlummernden zu wecken, die Organisation richtig und unablässig zu propagieren und — die gewonnenen Mitglieder festzuhalten. Was auf so verschiedenen Gebieten wie München, Stuttgart, Straßburg usw. im Süden, Hamburg, Hannover, Bremen, Berlin usw. im Norden erreicht wurde, muß auch in Mitteldeutschland möglich gemacht werden. . . . Die Mitgliederzahl des mitteldeutschen Bezirks ist einer Steigerung auf das Doppelte sehr wohl fähig, und in einem politisch so aufgeklärten Gebiete muß auch noch die gewerkschaftliche Agitation für uns die notwendigen Früchte reifen lassen.“ —

Die Bewegung der Bevölkerung Magdeburgs für die Woche vom 15. bis zum 21. Juni war nach dem Bericht des hiesigen Statistischen Amtes folgende: Geboren wurden 71 männliche, 60 weibliche, zusammen 131 Personen; todegeboren 3. Gestorben sind 38 männliche, 38 weibliche, zusammen 76 Personen, darunter an Diphtherie und Group 2. Die Zahl der Zugezogenen betrug 610, die der Fortgezogenen 760. Die Bevölkerungszahl am 21. Juni stellte sich folgendermaßen: Altstadt 90 733, Wilschulstadt 28 633, Friedrichstadt mit Werder 9572, Eudenburg 30 650, Neustadt 46 919, Budau 24 821, zusammen 226 328 Personen (111 964 männliche, 114 364 weibliche), gegen die Vorwoche weniger 98 Personen. —

Stipendien zum Besuche gewerblicher Fachschulen. Den Handelskammern ist in letzter Zeit durch die Regierungspräsidenten Mitteilung von einem Erlaß des Ministers für Handel und Gewerbe gemacht, der sich auf die Gewährung von Stipendien an tüchtige junge Leute zum Besuche gewerblicher Fachschulen bezieht. In dem Erlasse wird gewünscht, daß solche Stipendien in wesentlich größerem Umfang als bisher von öffentlichen Korporationen, insbesondere auch Handelskammern, zur Verfügung gestellt werden. Dabei sollen nicht nur diejenigen Korporationen in Betracht kommen, in deren Bezirk gewerbliche Fachschulen vorhanden sind, sondern vornehmlich auch solche, die der Fachschulen entbehren, da es hier besonders schwer ist, sich durch den Besuch an Fachschulen weiter auszubilden. —

Die Meisterprüfungsordnungen für das Böttcher-, Brunnenbauer-, Buchbinder-, Bürstenmacher-, Dachdecker-, Feilenhauer-, Graveur-, Gürtler-, Handschuhmacher-, Hutmacher-, Juwelier-, Gold- und Silbergeschmiedes-, Klempner-, Lackierer-, Maler-, Sattler-, Schlosser-, Schneider-, Schuhmacher- und Schäftemacher-, Steinseiler-, Stellmacher-, Tapezierer-, Tischler-, Uhrmacher-, Bergarbeiter-, Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-, Drechsler-, Konditor-, Bäcker-, Buchdrucker-, Fleischer-, Müller- und Schornsteinfeger-Handwerk sind von dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe genehmigt und von der Handwerkskammer erlassen worden. Die Prüfungsordnungen liegen auf den Landratsämtern und bei den Magistraten zur Einsicht aus; auch können sie von der Handwerkskammer zum Selbstkostenpreise käuflich bezogen werden. — Tugend einen sozialen Zweck dürften die Meisterprüfungen im Zeitalter des industriellen Fortschritts kaum haben. —

Straßenbahnlinie nach dem Notenhorn. Nach der „Magdeburger Zeitung“ ist die Magdeburger Straßenbahngesellschaft auf Grund des § 4 Absatz 2 des von der Stadtgemeinde mit ihr abgeschlossenen Vertrages

seitens des Magistrats aufgefördert worden, den Entwurf einer Strecke für den elektrischen Betrieb nach dem Stadtpark auf dem Rotenhorn am rechten Ufer der Stromelbe auszuarbeiten und vorzulegen.

Legat der Witwe König. Die Annahme des Legats der Witwe König, die früher in der Sudenburg, später in Hasserode gewohnt hat, in Höhe von 300 000 Mk., deren Zinsen zur Unterbringung von Siedeln in Siedelhäusern, insbesondere in dem im Bau begriffenen Siedelhaus am Fernerslebener Weg zu verwenden sind, durch die Stadtgemeinde Magdeburg, ist vom Kaiser genehmigt worden.

Provinz und Umgegend.

Fernersleben, 11. August. (Zur Lokalfrage.) Den hiesigen und auswärtigen Parteigenossen wird hiermit nochmals in Erinnerung gebracht, daß sich unser Verkehrslokal Schönebeckerstraße 36 („Buntauer Bierhalle“, Inhaber Herr Erxleben) befindet. Hoffentlich werden alle Parteigenossen, welche es ehrlich mit der Sache meinen, hiervon Notiz nehmen, da die anderen Wirte des hiesigen Ortes uns ihre Säle zu Versammlungen aus politischem Haß verweigern. Gleichzeitig sei erwähnt, daß am Sonnabend, den 16. August, um 8 1/2 Uhr abends, bei Erxleben eine Versammlung des Kreisvereins stattfinden wird. Wir erwarten zahlreichen Besuch.

Groß-Ottersleben, 11. August. (Vom eiligen Schulforsand.) Bekanntlich beschloffen die Maurer in einer am 13. Juli stattgefundenen Versammlung, dem Gemeinderat und auch dem Schulvorstande folgende Lohnklausel zu unterbreiten:

Der Uebernehmer des Baues, Herr, erkennt den zwischen dem Zentralverband der Maurer, vertreten durch die sogenannte Siebener-Kommission, und dem Arbeitgeber-Verbande für das Baugewerbe zu Magdeburg bestehenden Lohn- und Arbeitsvertrag für sich als rechtsverbindlich an und verpflichtet sich, diese Bestimmungen genau innezuhalten.

Mit einem entsprechenden Begleitschreiben versehen und unter Beilegung eines Lohnariffes ist seitens des Genossen Haub dem Gemeindevorstande sowohl wie dem Schulvorstande vorstehende Klausel eingereicht worden. Die letzte Gemeinderatssitzung nahm denn auch Kenntnis davon. Da aber augenblicklich Arbeiten der Gemeinde nicht auszuführen sind, behielten sich unsere Genossen nach einigen erläuternden Bemerkungen vor, später darauf zurückzukommen.

Der Schulvorstand, der in den Versammlungen der Sozialität so intensiv dafür wirkte, die Sozialdemokraten sollte ihre Anträge in Bezug auf Aula, Turnhalle, Badeanstalt usw. zurückstellen, da diese Vorschläge nur eine Verzögerung des notwendig auszuführenden Schulbaues nach sich ziehen würden, scheint jetzt anders zu denken und es keineswegs mehr eilig zu haben. Er hat es abgesehen, wie nachstehende Erklärung beweist, dem Wunsche der Maurer Rechnung zu tragen. Er schreibt:

Schulvorstand Groß-Ottersleben, den 17. Juli 1902.

Auf Ihre Zuschrift vom gestrigen Tage erwidere ich ergebenst, daß der Schulvorstand in seiner gestrigen Sitzung beschlossen hat, dem Eingehen auf die qu. Angelegenheit, als außerhalb seiner Befugnisse liegend, abzulehnen.

Der Vorsitzende. Herr Friedrich Hahn jun. hier.

Der Termin, zu welchem die Maurerarbeiten vergeben werden sollten, ist bereits seit 14 Tagen überschritten. Wenn die Ausführung derselben übertragen worden ist, ist uns noch nicht bekannt geworden. Es verlaute, Zimmermeister Kehler solle die Maurerarbeiten mit übernommen haben und der früher so übereilte Schulvorstand hätte in die Vertragsbedingungen die Streikklausel mit aufgenommen.

Sämtliche Hausväter seien deshalb darauf hingewiesen, daß, wenn seitens des Schulvorstandes nicht baldigst Aufklärung erfolgt, in Kürze eine Hausväter-Versammlung stattfinden muß, um jenen Herren, die wir ja nicht gewählt haben, sondern die gegen unseren Willen von der Regierung ernannt worden sind, zu zeigen, daß sie nicht den Interessen der Uebernehmer nachzukommen haben, sondern daß es ihre Aufgabe ist, dafür zu wirken, daß den Interessen der Gesamtheit gedient wird.

Salbte, 9. August. (Seltsames Verhalten einer Berufsgenossenschaft.) Am 30. Dezember 1901 verstarb der 21 1/2-jährige Arbeiter Franz Kaps zu Salbte. Der Mann hatte an der Saccharin- und Schwefelsäurefabrik von Fahlberg, List u. Co. gearbeitet. Am 28. Dezember war er noch vollständig gesund, wie die Zeugnisse seiner Mitarbeiter beweisen. Am 29. Dezember zeigten sich blaurote Flecken auf dem Körper, welche am Sonntag, 30. Dezember, dergestalt zugenommen hatten, daß der ganze Körper ein entsetzliches Aussehen hatte. Dies veranlaßte die Mutter des Kaps, einen Arzt zu rufen, welcher auch am 30. Dezember, morgens 7 1/2 Uhr, den Patienten besuchte und Folgendes attestiert:

Am 30. Dezember wurde ich morgens gegen 7 1/2 Uhr zu dem Arbeiter Franz Kaps in Salbte gerufen. Ich fand denselben bereits moribund vor. Er war in der hiesigen Saccharin- und Schwefelsäurefabrik der Firma Fahlberg, List u. Co. beschäftigt. Nach Aussage seiner Mutter hatte er die bei der Fabrication sich entwickelnden Dämpfe schwefeliger oder Schwefelsäure in größerer Menge eingeatmet. Nach dem mir teils mitgeteilten, teils von mir selbst beobachteten Symptomen ist diese Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen. Nachdem er am Sonnabend vorher von der Arbeit nach Hause gekommen, habe er sich noch relativ wohl befunden, wie das ja häufiger nach solchen Vergiftungen vorkommt. Am Sonntag nachmittags fühlte er sich sehr elend. Er klagte über brennenden Durst und öfteres Erbrechen und andauernden Durchfall und fortwährenden Sulfurreiz, außerdem über heftige Unterleibschmerzen. Dann farbte sich ein großer Teil der Hautoberfläche blautrot und p. Kaps klagte über unerträgliches Jucken. Ich fand ihn, wie oben gesagt, bereits bewußtlos vor, schnell atmend, fast pulstlos, wobei noch öfter dünner Stuhl abging; ich ordnete darauf seine Ueberführung ins Krankenhaus an, da es unmöglich war, ihm irgend etwas einzuführen. Zweck Feststellung eines etwaigen Unfalls wäre eine Sektion notwendig, um seiner Mutter, die infolge Bähmung des Kindes teilweise erwerbsunfähig ist, eine Rente seitens der Berufsgenossenschaft zu sichern.

Salbte, den 2. Januar 1902. Dr. Pöhl

Dieses Attest wird nun stark angezweifelt von der Berufsgenossenschaft, welche am 2. Juli schreibt: „Wände Herr Dr. Pöhl gewußt haben, daß Kaps an Lungensucht infolge und in Verbindung mit einem Herzklappenfehler gestorben war und daß derselbe giftige Dämpfe gar nicht eingeatmet haben konnte, dann würde sein Attest aller Wahrscheinlichkeit nach anders ausgefallen sein.“ Auch eine kluge Warnung für den Arzt ist enthalten in dem Schreiben. Es heißt da:

„Es können durch Ausstellen solcher Atteste leicht die Köpfe der Laien damit verdreht werden.“

Zu bemerken ist nur, daß der Herr Dr. Pöhl als praktischer Arzt, welcher als gewissenhafter Mann in ganz Salbte bekannt ist, von den angeblichen Fehlern am Körper des Verstorbenen nichts gefanden hat.

Nichersleben, 11. August. (Zur Stadtverordneten-Wahl.) Der Magistrat macht bekannt, daß die für das Jahr 1902 aufgestellte Liste der stimmungsfähigen Bürger hiesiger Stadt in der Zeit vom 15. bis 30. August auf dem Rathause, Zimmer Nr. 33, zur Einsicht ausgelegt ist. Versäume kein Wähler, die Liste einzusehen; wer keine Zeit hat, wende sich an einen befreundeten Genossen oder an den Vertrauensmann. Einsprüche gegen die Richtigkeit der Liste sind während der Dauer der Auslegung schriftlich beim Magistrat einzubringen.

Burg, 11. August. (Versammlungsanzeige.) Auf die am Donnerstag, den 14. August, stattfindende Versammlung des Wahlvereins, in der die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung des Kreiswahlvereins vorgenommen wird, weisen wir schon heute hin. Näheres durch Inserat.

Burg, 12. August. (Lokalnachrichten.) In der Schartauerstraße werden zur Zeit Gasrohre verlegt. Trotzdem die Röhren ziemlich tief liegen, wird das Erdreich nicht abgeleitet, so daß schon öfter ein Nachrutschen des lockeren Bodens stattgefunden hat. Noch ist ein Unglück nicht passiert; man sollte aber Sorge tragen, daß die Arbeiter unter Beachtung aller Sicherheitsmaßregeln weiter geführt werden. — Am 14. August findet nach längerer Pause wieder eine Stadtverordneten-Sitzung statt. — Das Getreide beginnt hier und in der Umgegend bereits auszuwachsen. Wenn nicht bald besseres Wetter eintritt, dürfte die Ernte keine gute werden.

Erfurt, 11. August. (Zur Aussperrung bei Schwade.) Herr Schwade macht, wie wir der „Tribüne“ entnehmen, gewaltige Anstrengungen, Ersatz für seine Formner und Kernmacher zu finden. In allen Gegenden Deutschlands sucht er durch Inserate Formner, Vorarbeiter und Meister. In geradezu glänzender Weise betätigt sich das Solidaritätsgefühl der Arbeiter. Obwohl durch die Krise in der Metallindustrie viele Arbeiter wochen- und monatelang ohne Arbeit sind, zieht man es vor, lieber weiter zu darben, als den Ausgesperrten in den Rücken zu fallen. Aus Magdeburg, Halle, Begeß, Groba, Mannheim, Mühlheim und von anderen Orten erkundigte man sich bei der Ortsverwaltung nach den Vorgängen bei Schwade, und unterließen auf erfolgte Aufklärung die teilweise bereits engagierten Kollegen die Aufnahme der Arbeit. Zu bemerken ist noch, daß die Anfragen nicht nur von Seiten modern organisierter Arbeiter erfolgten, sondern auch seitens in Gewerkschaften und christlichen Gewerkschaften organisierter.

Halberstadt, 11. August. („Im Namen des Magistrats“) hatte der Herr Erste Bürgermeister Dr. Dehler einen Strafantrag gegen uns gestellt, ohne ein Recht dazu zu haben. Dieses Ergebnis dürfte die Kollegen des Herrn Ersten Bürgermeisters mehr bestimmen wie uns, da es uns lediglich psychologisch interessant erscheint. Natürlich können wir nichts dafür, daß wir neulich — wie wir auf Grund der Anklageschrift annehmen mußten — den „liberalen“ Magistrat beschuldigten, einen Strafantrag gestellt und trotz unserer Nichtigstellung des inkriminierten Artikels aufrecht erhalten zu haben. Selbstverständlich nehmen wir diesen Angriff nunmehr zurück.

Auffallend ist, daß Herr Dr. Dehler persönlich — noch dazu wegen einer formellen Beleidigung (die sich gegen ihn mit keinem Wort richtet) — einen Strafantrag zu stellen für angebracht hielt. Gewiß sind solche und ähnliche Strafanträge gegen Pressjünger schon vielfach gestellt worden; indes Herr Dr. Dehler wurde bisher in etwas reklambahaler Weise nachgerühmt, er sei ein durchaus „moderner Mensch“, ein über die kleinen Mittel aus der Wismarischen Schule erhabener Charakter.

Ja, sogar die sozialdemokratische Presse hatte wiederholt anerkannt, daß die Mißstände in der Stadt nicht an den Ersten Bürgermeister zurückzuführen seien und daß die Bedingungen, unter denen er infolge des Dreiklassenwahlsystems arbeite, ihm eine zuweilen eigenartige Stellungnahme aufdrängen.

Herr Dr. Dehler teilte bisher den Vorzug, von seinen Anhängern als „moderner Mensch“ bezeichnet zu werden, mit dem — Grafen Bülow. Doch Graf Bülow hat wenigstens in der einen Beziehung diesen Namen gerechtfertigt, als er grundrißlich niemals Strafanträge stellt. Vielmehr sammelt sich der Reichskanzler mit gutem Humor die „Beleidigungen“, welche gegen ihn gedruckt werden; er behauptet, über Preßangriffe „erhaben“ zu sein.

Ganz anders Dr. Dehler! Wir verheben es, daß auch ein „moderner Mensch“ Strafanträge stellt, wenn jemand sein Privatleben durch Verleumdungen bedroht. Im allgemeinen werden es Ehrenmänner freilich auch dann am besten ablehnen, Strafanträge zu stellen, wenn jemand von ihnen behauptet, sie hätten silberne Löffel gestohlen. Aber wegen formeller Beleidigung inszeniert wahrlich kein „moderner Mensch“ Preßprozesse, wenn er selbst beleidigt ist, noch viel weniger, wenn sich die Angriffe gegen ihn selbst überhaupt nicht richten. Hätte uns der Magistrat von Halberstadt eine Verächtigung geschickt oder uns mitgeteilt, daß im Frühjahre erhebliche Summen zur Verbesserung der Zustände in der Unterstadt bewilligt seien, so hätten wir unseren Irrtum sofort eingestanden und bedauert. Wer aber erregt Strafanträge stellt, — noch dazu gezwungen im Namen anderer Leute —, wird die Fächer wenigstens sicher nicht auf seiner Seite haben.

Halle, 11. August. (Das verbotene „Volkshblatt.“) Halle hat kürzlich Zeitungsverkaufsstellen erhalten, in denen man alle Zeitungen kaufen kann, nur nicht solche, welche sozialdemokratischen Tendenzen huldigen. Die hohe Polizei gestattet nicht, das sehr staatsgefährliche „Volkshblatt“ dort zu verkaufen. Natürlich ist die Polizei zu einem solchen Verbot nicht berechtigt. Das „Volkshblatt“ wird auch ohne polizeiliche Zulassung in den Zeitungsverkaufsstellen gelesen. Aber die Art und Weise, wie die hiesige Polizei-Verwaltung die Politik der Nadelstiche befolgt, wird allgemein belacht.

Halle, 11. August. (Zahlreiche Arbeiterentlassungen) wurden heute, am Sonnabend und schon vor mehreren Tagen in Halleischen Maschinenfabriken vorgenommen. In der Aktien-Maschinenfabrik sind kürzlich 60 und im Röhrenwerk circa 100 Personen entlassen worden. In einigen Betrieben ist jetzt im Hochsommer die Arbeitszeit noch verkürzt worden. Die Industriellen lassen den Metallarbeitern ihre Macht in der Krise recht fühlen und verbieten das Essen während der Arbeitszeit. Es sind wiederum Leute mit entlassen worden, die 15 bis 18 Jahre auf einem Plage beschäftigt waren. Am Mittwoch nachmittags 3 Uhr findet eine Arbeitslosen-Versammlung statt.

Schönebeck, 8. August. (In der Volksvereins-Versammlung) die am 7. Aug. stattfand, wurden als Delegierte zur Generalversammlung, die in Quedlinburg am 24. August stattfindet, die Genossen Th. Schmidt, A. Künnne und R. Wolter, als Stellvertreter Genosse W. Hoyer gewählt. Genosse Ullner brachte das Inserat der „Volkstimme“ betreffs der Krönungsfeier-Postkarten zur Sprache. Die Delegierten wurden beauftragt, auf der Kreis-Konferenz in Quedlinburg hiergegen Stellung zu nehmen.

Stassfurt, 10. August. (Ein Rechtskonsulent mit gediegenen Rechtskenntnissen) scheint der von uns schon oft erwähnte Herr Paul Schneckmann zu sein. Dieser Herr droht uns nämlich — natürlich mit Recht — mit einem für uns sehr gefährlichem Strafverfahren, wenn wir seine „Berichtigung“ nicht aufnehmen, zu der wir nach der richtigen Ansicht des rechtskundigen Herrn auf Grund des § 11 des Preßgesetzes verpflichtet seien.

Um die juristischen Kenntnisse des hervorragenden Rechtsgelehrten zu beweisen — ein Beweis, dessen er ja im Interesse seines Berufes und zur Hebung seiner wirtschaftlichen Lage dringend bedarf, — teilen wir mit, daß Zeitungen nur solche Berichtigungen aufzunehmen verpflichtet sind, welche tatsächliche Nichtigstellungen enthalten.

Das ist natürlich Herr Schneckmann — welcher ja eben ein sehr hervorragender Kenner der Jurisprudenz ist — genau bekannt und darum schickt er uns z. B. folgende sich ganz im Rahmen des § 11 des Preßgesetzes bewegendes „tatsächliche Nichtigstellung“:

Nun ist von dem „guten Geschäft“, welches ich dabei mache, die Rede und welches offenbar den Reiz des Verfassers des erwähnten Artikels erweckt hat. Nun! Das Geschäft ist nicht weit her und ich will es dem Reider gern auch gönnen, vielleicht wird er dabei ein reicher Mann. . . .

Ich werde mich durch den betreffenden Artikel in keiner Weise in meinen Geschäftsprinzipien beeinflussen lassen.

Da wir trotz wiederholter Ermahnung diese nach Form und Inhalt einwandfreie Berichtigung nicht aufnehmen — indem wir frech Mangel an Raum zum Vorwand für unser ungeschickliches Tun vorhalten — macht unser Redakteur sich bereits auf eine sehr harte Freiheitsstrafe wegen Vergehens gegen § 11 des Preßgesetzes gefaßt. — Herr Schneckmann wird natürlich sofort klagen und als ein hervorragender Kenner der Geetze in dem Prozesse obsiegen.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. In Bernburg ist am Sonntag auf der sozialdemokratischen Kreis-Konferenz für Anhalt II der Abg. Genosse Albrecht einstimmig zum Kandidaten der Sozialdemokratie für die nächste Reichstagswahl aufgestellt. — Ein Teil der Bernburger Konfessionsgenossen hat den Antrag gestellt, den Nachschleudenschuß behördlicherseits anzuordnen. — Seit einigen Tagen war die Tochter eines Handwerksmeisters in Gorbstedt mit dem Geleiten desselben verschwunden. Die Viebesteute hatten die Absicht kundgegeben, wegen der Hindernisse, die sich ihrer Verbindung entgegenstellten, in der Seele den gemeinschaftlichen Tod zu suchen. Sie haben ihren Plan ausgeführt. Die beiden Leichen sind unterhalb der Brücke in der Seele angeschwemmt worden. — Ein Opfer seines Berufes wird aller Erwartung nach Herr Geier Assistenzarzt Dr. Vener im Dessauer Kreis-Krankenhaus werden. Derselbe hat sich durch die Ausübung seines Berufes verdient und liegt auf dem Totbette. — Auf dem Bahnhofs-Schöppe redet sich beim Abfahren von Eisenbahnwaggons ein Arbeiter vom Wagen und erlitt einen komplizierten Bruch des linken Fußknöchels. Er wurde dem Krankenhaus zugeführt. — Der Stationsassistent Julius Hornbogen aus Magdeburg, der in Suderode als Kur-gast wohnte, ist zwischen Treseburg und dem Gegen-fanzplatz kürzlich abgestürzt. Nach dem Unfall war der Mann von Thale nach Suderode gefahren und hatte sich untersuchen lassen, wobei der Arzt drei Rippenbrüche konstatierte. Am anderen Tage ist der Verletzte nach Magdeburg in die Klinik gebracht worden, wo er bald darauf starb. — In Neuhaldensleben brach am 8. d. M., nachmittags, in einem der Hintergebäude des Tischlermeisters Winterlichen Grundstückes in der Hinterstraße Feuer aus. Der Feuerwehrgelag es jedoch nach zweifelhafte Arbeit, das Feuer, das die Hintergebäude zerstörte, auf seinen Herd zu beschränken.

Bermischte Nachrichten.

* **Weiteres vom türkischen Buchhandel.** Henry Otis Dwight hatte sagen hören, daß man in Konstantinopel für einen Staatsverbrecher gehalten wird, wenn man überführt ist, eine noch so bescheidene Bibliothek zu haben, und daß es daher nicht gut sei, im Reich des Beherrschers der Gläubigen die Profession eines Buchhändlers auszuüben. Da er seinen Ehren nicht trauen wollte, nahm er auf eigene Faust eine „Enquete“ vor, deren Ergebnisse er jetzt im „Forum“ veröffentlicht. Es giebt in Stambul eine Anzahl Buchhändler. Es sind Perser, Araber, Abessinier und auch, obwohl sehr selten, Türken. Ihre Läden sind kleine, finstere Höhlen, die in den ärmlichsten der vielen schmuggigen Gäßchen der Stadt versteckt sind.

Sie verkaufen vor allem folgendes: 1. Ausgaben des Koran, übersetzt in alle Sprachen des Orients; 2. theo-

Braun-Hannover Konfession, daß der Verband für Arbeiter-Maßregelungen nicht einreden könne (Doh), da ihm dazu die Mittel fehlen. Bevor diese nicht vorhanden seien, dürfe man der Ansicht des Ausschusses nicht beipflichten.

In der nun einleitenden Diskussion wird seitens einzelner Redner auf die Geschichte des Kösliner und Marxsträßler Streiks eingegangen. Die Haltung des Vorstehenden in Einzelfragen erfährt teilweise eine Kritik und man wünscht ein größeres Maß von Entgegenkommen bei der Entscheidung über die Anträge, welche seitens der Gewerkschaften beim Centralvorstand unterbreitet werden. Im allgemeinen kommen erstere Diskussionen zwischen den Delegierten und dem Vorstande in der Vormittags-Sitzung, die um 12 Uhr schließt, nicht zum Ausdruck.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 12. August 1902.

— **Die Arbeiter-Sänger** werden ersucht, anlässlich der morgigen **Lenau-Fest** pünktlich um 8 Uhr im Versammlungsort, dem „Dreikaiserbund“, zu erscheinen. —

— **Der Verband der Masseure**, welcher auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung steht, hatte seine Zusammenkünfte bisher im „Livoli“. Jetzt hat nun der Wirt dieses Lokals die Masseure so höflich wie dringend ersucht, doch auszugehen. Wenn organisierte Arbeiter ein Lokal zu ihren Zusammenkünften bevorzugen, welches der Arbeiterschaft sonst nicht zur Verfügung steht, können sie sich nicht wundern, wenn sie daselbst Fußfeste erhalten. Vernünftige Leute pflegen sich sonst nicht aufdringlich in Wirtschaften einzubringen, sondern bleiben fern, wo man ihnen feindlich gegenübersteht. —

— **Der Schneidermeister Birholz aus Magdeburg**, dessen Referat wir in unserem Leitartikel „Zunehmende Verwahrlosung“ in Nr. 185 unseres Blattes besprachen, existiert nicht. Wir hatten, wie wir anführten, die tatsächlichen Angaben in dem Artikel unserem Erfurter Parteiblatt entnommen und sehen wir von dieser Seite einer Aufklärung entgegen. —

— **Ein schwieriges Rettungswerk.** Wie wir meldeten, ging vor 14 Tagen ein mit Steinkohlen beladener Kahn oberhalb der Eisenbahnbrücke bei dem Wilhelm-Garten in den Grund. Nachdem es gelungen war, die Ladung zu löschen, wurde am Sonnabend der Versuch gemacht, den Kahn durch Dampfer fortzureißen; doch selbst der stärkste Dampfer (Nr. 8) der Deutsch-österreichischen Gesellschaft war nicht imstande, etwas auszurichten. Gestern nachmittag mußten die Regierungstaucher den hartnäckigen Kahn sprengen, so daß das Foch der Brücke wieder fahrbar wurde.

Im Viktoriatheater wurde gestern das kraftvolle Erstlingswerk Sudermanns, „Die Ehre“, aufgeführt. Da Leon Rejemann die Rolle des Grafen Traut-Saarberg spielte, so war der Besuch wie bei den anderen Gastspielenden Rejemanns ein sehr guter. Wir haben bereits mehrmals über das Stück berichtet, es möge deshalb einige Bemerkungen über die geistige Aufführung für diesmal genügen. Vortreffliche Leistungen boten die Herren Rejemann und Altshausen. Auch das Spiel der übrigen war ansprechend, besonders hat Herr Kirchner als Kommerzienrat Wählung eine anerkennenswerte Leistung, während Herr Borre als Darsteller des Kuri nicht seinen besten Tag zu haben schien. Die alten Heinecks (Herr Flug und Frau König) wurden sauber gespielt, ebenso der Bothar Brandt durch Herrn Hülfeler. Fräulein Förster und Herr Dapper wirkten in ihren Rollen als brüchige Existenzen sehr realistisch. Das Zusammenpiel war gut. Ps.

Kleine Chronik.

Die Leiche des Kohlenhändlers Ackermann in Berlin.

Die Staatsanwaltschaft hatte der Witwe Ackermann in Berlin, deren Mann neulich in so plötzlicher Weise starb und in so auffeuerregender Weise begraben wurde, die Erlaubnis erteilt, die Leiche ihres Mannes exhumieren, von Privatärzten untersuchen und dann auf dem Dankeskirchen-Friedhof beerdigen zu lassen. Von einer amtlichen Obduktion war aber, nachdem die verschiedenen staatlichen und städtischen Behörden gehört waren, Abstand genommen worden. Gestern, also 22 Tage nach dem Begräbnis, fand nun die Exhumierung der Leiche auf dem Friedrichsfelder Kirchhofe statt. Der Leichnam wurde sodann durch zwei Privatärzte besichtigt und nach der Leichenhalle des Dankeskirchen-Friedhofes gebracht. —

Verhaftete Mörder.

Der Raubmörder Stroppe, welcher wegen Ermordung und Beraubung zweier Tröbderinnen in Leipzig und Jena steckbrieflich verfolgt wurde, ist in Wehlen a. d. Elbe verhaftet worden. — In Wien gelang es der Polizei, laut telegraphischer Meldung, den Mörder der Sofjägerin Traffinhuberin Jullich von Julienthal im Prater festzunehmen. Es ist dies der 28jährige, aus Währen stammende Messerschmied Anton Schöneckl. Der Mörder wurde schon wegen Einbruchsdiebstahls vom Landgericht in Ratibor steckbrieflich verfolgt. —

Eisenbahnkatastrophe in Frankreich.

Ein von Charleville nach Lille gehender Schnellzug entgleiste in der Nähe von Signy-le-Petit. Fünf Passagiere wurden getötet, vierzehn andere schwer verletzt. Die Verunglückten gehörten zu einem Verein von Arbeitern der französischen Ostbahn und wollten sich zur Teilnahme an einem Musikfest nach Lille begeben. —

Verhaftete Mädchenhändler.

Die Budapest Polizei hat die Mitteilung erhalten, daß die Gendarmerie an der rumänischen Grenze drei berüchtigte Mädchenhändler verhaftet habe. Es sind dies der Predealer Lehrer Komulescu, ferner Simon Velyi aus Temesvar und dessen Geliebte Anna Schrott. Wie die Gendarmerie feststellte, wollte Komulescu mit gefälschten Pässen 12 Mädchen nach Rumänien bringen. Eine Hausdurchsuchung ergab, daß Komulescu schon seit Jahren beinahe mit sämtlichen ungarischen und orientalischen Mädchenhändlern in Verbindung stand und schon viele Hunderte Mädchen nach dem Orient gebracht hat. Velyi war vor zwei Wochen in Budapest, wo er mittels Inserat Mädchen

mit Singstimme für das Galager Theater suchte. Er engagierte auch zwölf, darunter die Tochter eines Budapester Arbeiters Namens Anna Krepler. Die Mädchen wurden über Temesvar nach Predeal geführt, wo sie erfuhren, daß sie nicht für das Theater engagiert sind, worauf Anna Krepler die Bande entlarvte. —

Kleine Tages-Chronik. In Blauen hatten während eines Unwetters 30 Arbeiter in einer Scheune Schutz gesucht. Infolge des heftigen Sturmes stürzte das Gebäude zusammen, und fünf Arbeiter wurden getötet, fünf andere schwer verletzt. — In der Küste Calabriens ist auf dem Meereshoden ein altes spanisches Kriegsschiff mit mehreren Kanonen, von denen vier das spanische Wappen und die Jahreszahlen 1632 und 1640 tragen, aufgefunden worden. — In Mühlheim a. Rh. kamen Massenentkränkungen infolge Genußes giftiger Pilze vor. Ein Kind ist gestorben, eine Anzahl erwachsener Personen ist lebensgefährlich erkrankt. — In dem oberhessischen Orte Mischelbach explodierte unter heftiger Detonation im Feuer der Schmelze eine Dynamitpatrone. Der in der Schmelze anwesende Bechling wurde ins Freie geschleudert, schrecklich verstimmt und getötet; ein Gefelle erlitt schwere Verletzungen. — In Leipzig ist Herr P. G. Bröckhoff, einer der bekanntesten sächsischen Großindustriellen, im Alter von 65 Jahren verstorben. — Der flüchtige Koburger Stadtkassenassistent Klett hat sich in der Nähe von Eissfeld erhängt. Die Kassenrevision ergab einen Fehlbetrag von 2300 Mark. — Für das Völkerschlach-Nationaldenkmal in Leipzig sind bisher 492 475 Mark eingegangen. Man sieht, daß manche Leute viel Geld haben. — Aus Wladikawkas wird gemeldet, daß durch Bornmärtschreiten eines Gleislers der Weg vom Dorfe Sanib durch das Genaldonthal zerstört ist und die Einwohner dadurch von allen Seiten abgesperrt sind. Der Bezirkshof nach Petersburg, es bestehe große Gefahr für die Dörfer Untertumenitan und Dorkoni. — Der deutsche Schoner „Herlitz“, Kapitän Schumacher, nach Bremerhaven unterwegs, ist an der Westküste Islands gestrandet. Die Mannschaft wurde durch ein Rettungsboot in Sicherheit gebracht. — Auf dem Genfer See kenterte bei Evian ein Boot, dessen Insassen sich von den Wellen eines Dampfers schanteln lassen wollten. Zwei Damen fanden den Tod. —

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Magdeburg. (Serien-Strakammer.)

Sitzung vom 11. August 1902.

Freisprechung. Der Steuermann Hermann Siebert aus Groß-Rosenburg stand im Dienst bei der Schiffsgeignerin Witwe Knopf und befiel bei seinem Austritt am 18. Februar d. J. angeblich 40,50 Rahngelder für sich. Das Schöffengericht in Warby erkannte am 21. Juni wegen Unterschlagung auf 3 Wochen Gefängnis. Die Berufungskammer hebt dies Urteil auf und spricht den Angeklagten frei. —

Diebstahl. Der Schüler Otto Wolf und der Arbeiter Karl Kaiser aus Staßfurt stahlen am 5. Juni d. J. der Bergbauverwaltung je eine Quantität Abfallholz im Werte von 30 Pf. Die Kammer verurteilt Wolf zu einem Verweis, Kaiser wegen Rückfallsdiebstahls zu 3 Monaten Gefängnis. —

Ein Kofferdieb. Der Arbeiter Albert Wroblewski aus Ströden war auf einer Ziegelei zu Gehrothsberge beschäftigt gewesen und nahm bei seinem Weggange am 1. Juli d. J. aus der Arbeiterkaserne den Koffer eines anderen Arbeiters mit. Der Dieb wurde aber verfolgt und festgenommen. Er wird zu 2 Wochen Gefängnis verurteilt. —

Mohitsbergehen. Der Arbeiter Andreas Zech aus Idroy fing am 15. Juni d. J. in einem Lokale zu Pargau mit einem anderen Gaste Streit an und wurde deshalb von dem Gendarmen gewaltsam entfernt. Draußen beleidigte Zech den Beamten durch Schimpfreden, schlug ihn mit den Fäusten, trat ihn angeblich mit den Füßen, biß ihn in den linken Zeigefinger und brachte ihn zwei Messerstücke bei. Der Gendarm war genötigt, von seiner Waffe Gebrauch zu machen. Zech wird wegen öffentlicher Beleidigung und gefährlicher Körperverletzung im Verein mit Widerstand gegen die Staatsgewalt zu 2 Jahren und einer Woche Gefängnis verurteilt. Dem Beleidigten wird die Publikationsbefugnis im „Burger Tageblatt“ zugesprochen. —

Ein Jahr Gefängnis um 3 Mark. Der vorbestrafte Arbeiter Wilhelm Trinka hier lag bei einem Schuhmachermeister in Schlafstille und erbrach in der Nacht zum 14. April 1900 dessen verschlossenes Geldschränkchen, aus dem er etwa 3 Mark stahl. Der Gerichtshof erkennt auf 1 Jahr Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. —

Sittlichkeits-Verbrechen. Der Arbeiter Christian Thomas aus Wanzleben wird in nichtöffentlicher Sitzung wegen Sittlichkeitsverbrechens, begangen am 5. Juli d. J. gegen ein acht Jahre altes Mädchen, zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. —

Landgericht Halberstadt.

Ferienkammer-Sitzung vom 9. August 1902.

Schwere Körperverletzung. Der 19jährige Arbeiter Karl Wilhelm Schiedek aus Thale traf im Sommer dieses Jahres in Thale die beiden Gebrüder Buchmann im Gewässer der Bode badend. Er warf ohne jede Ursache mit größeren Steinen nach den Badenden. Als dieselben wieder angeleitet waren und ihm nachher sagten, daß nur „ein ganz elender Mensch“ so handeln könnte, zog er sofort das Messer und stach den einen in die Schulter und den anderen in den Rücken. Er wird zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. —

Wegen Sittlichkeitsverbrechens wird unter Ausschluss der Öffentlichkeit gegen den Arbeiter Eduard Sackfahrsen aus Niersleben verhandelt. Das öffentlich verkündete Urteil lautet auf 1 Jahr Gefängnis. Der Angeklagte beruhigt sich bei demselben. —

Freisprechung. Der Privatförster Wilhelm Sander aus Thale hatte seine Stelle verloren, und da er für sich weiter erwerben wollte, so ging er damit um, eine Restauration oder ein mit dieser verbundenes Materialwarengeschäft zu kaufen. Die Mittel des Angeklagten waren gering. Durch Vermittlung eines Agenten kaufte er im August 1901 das Geschäft des Kaufmanns Winter zum Preise von 55 000 Mark mit der ihm anbotenen und von ihm angenommenen Bedingung, bei der Auflösung am 1. Oktober 1901 26 000 Mark bar zu zahlen. In dem betr. Tage erklärte

der Angeklagte in Quedlinburg, das Geld nicht zu haben. Er sagte aber, es müßte eintreffen, und könnte auch schon in Thale sein. Demnach übergab ihm Winter am nächsten Tage das Geschäft in der Erwartung, der Angeklagte werde umgehend seinen Verpflichtungen nachkommen. Er hatte nämlich gesagt, daß er mit seiner Frau zusammen 15 000 Mark und selbst noch im Hannöverschen einen Hof hätte. Hierdurch hatte sich Winter bestechen lassen und dem Angeklagten Vertrauen geschenkt. Da Winter, nachdem ihm der Angeklagte am 1. Oktober 1901 erklärt hatte, Geld zur Anzahlung nicht zu haben, ihm dennoch das Geschäft übergeben hat, so fällt die Anklage des Betruges. Deshalb muß der Angeklagte, durch den Winter annähernd 2000 Mark Schaden hatte, freigesprochen werden. —

Wegen „Beamtenbeleidigung“ wird die unberechtigete Charlotte Giesecke aus Halberstadt zu 10 Mark Geldstrafe oder 2 Tagen Gefängnis verurteilt. —

Ein hartes Urteil gemildert. Die Arbeiterin Christine Grosse geborene Boikowska aus Czernow (Hrobing Posen) ist wegen einer in Wolmirleben begangenen Körperverletzung vom Schöffengericht zu Egelan am 16. Juli 1902 mit 2 Wochen Gefängnis bestraft worden. In der Berufungsinstanz wird das Urteil aufgehoben und auf 30 Mark Geldstrafe oder 6 Tage Gefängnis erkannt. —

Letzte Nachrichten.

(„Herald“, Depeschen-Bureau.)

Wien, 12. August. Alle sowohl aus hiesigen als auch aus ungarischen Kreisen stammende Meldungen stimmen darin überein, daß bei den heute in Ratot zwischen den Ministerpräsidenten Körber und Szell stattfindenden Ungleichkonferenzen zweifellos die noch bestehenden Differenzen ausgeglichen werden dürften. Beide Ministerpräsidenten begeben sich am 15. August nach Pest, um dem Kaiser das Resultat der Konferenzen zu unterbreiten. —

London, 12. August. Bei der in Dublin abgehaltenen Protestversammlung gegen die Krönung König Edwards, welche speziell als für Irland nicht bindend erklärt wurde, verhaftete die Polizei den irischen Abgeordneten Gilbride wegen Aufruhrs auf Grund eines seit einer Woche bestehenden Haftbefehls. —

London, 12. August. Gestern fand die letzte Sitzung der Kolonial-Minister statt. Obgleich das Resultat geheim gehalten wird, wollen mehrere Blätter wissen, daß der Zollverein nicht zustande gekommen ist. Der einzige Vorteil, der von England erlangt wurde, sei eine Bevorzugung der englischen Handelschiffe in den Gewässern der Kolonien. So soll Neuseeland eine Tarifierabsetzung, gleich derjenigen welche bereits Kanada zugestanden hat, einführen. —

Berlin, 12. August. Nach einem Telegramm des „Berliner Tageblatt“ aus Petersburg ordnete der Zar die Freilassung sämtlicher im Gefängnis von Smolensk wegen der Moskauer Februar-Unruhen internierten Studenten an. Der Gouverneur entließ sie mit einer kurzen Ansprache, worin er zur Arbeit und Ruhe aufforderte, aus ihrer fünfmonatigen Haft. —

Paris, 12. August. Das „Echo de Paris“ veröffentlicht folgendes sensationelle Telegramm aus Des Neveu: Gerüchtweise verlautet, eine Kompanie Infanterie aus Quimper, welcher der Befehl erteilt worden war, Ordensschwester in Douarnenez zu verreiben, den Gehorsam verweigert habe. —

Ein neuer Aufschüttler-Jack.

Frankfurt a. M., 12. August. Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Koblenz: Die Frau des Telegraphenbeamten Brendgens aus Köln promenierte gestern vormittag 11 Uhr mit zwei kleinen Kindern am Mosellufer. Hierbei wurde sie von einem Manne überfallen, der ihr mit einem Sittelt eine 6 Millimeter breite Wunde in den Unterleib beibrachte. Die Frau, die sich in geeigneten Umständen befand, wurde zu ihren hier wohnenden Eltern gebracht. Der Täter ist noch nicht gefaßt. Er ist 25–30 Jahre alt, hat ein kahles Gesicht und trug einen grauen, schmutzigen Anzug. —

Barcelona, 12. August. In Ripoll ermordeten zwei Arbeiter durch Dolchschläge den Großindustriellen Carol, in dessen Fabrik sie beschäftigt gewesen waren und der sie während der letzten Unruhen entlassen hatte. —

Paris, 12. August. (Sig. Drahtb.) Der Präfect des Departements Finistere hatte mit dem Admiral de Cuiverville eine Unterredung. Es wurde verabredet, den Rabinettsschef telegraphisch zu ersuchen, die zur Ausführung des Vereinsgesetzes geplanten Maßnahmen aufzuschieben, damit die Kongregationschule betreffenden Maßregeln dem Staatsrat unterbreitet werden könnten, wogegen sich die Ordensschwestern zum Verlassen der Schule verpflichten würden. Dieser Vorschlag wird vom Ministerpräsidenten wahrscheinlich abgelehnt werden. In manchen Ortschaften des Departements sind die Schulen ohne Zwischenfall geschlossen worden. In Morle war der Widerstand jedoch ein sehr heftiger. Während Arbeiter die Thüren einschlugen, setzten andere Holzschichte in Brand, so daß die Feuerwehr alarmiert werden mußte. Ganz besondere Wut herrschte gegen die Schloßer, welche die Thüren öffneten. Des öfteren mußte die Polizei diese Angegriffenen vor der Volkswut schützen. In St. Leana Coterie mußten die Gendarmen mit Gewalt die Volksmenge auseinanderreiben. —

Briefkasten.

J. G. Mendorf. Da Sie nichts vereinbart haben, die Miete aber vierteljährlich zahlen, darf Ihnen nur in den drei ersten Tagen eines Vierteljahres gekündigt werden. Der Mann hätte Ihnen spätestens am 3. Juli kündigen müssen. Da er es erst am 5. Juli gethan hat, dürfen Sie bis zum 1. Januar in der Wohnung bleiben. —

